

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verzins-Anzeigen
für die dreigespaltene Zeitzeile oder deren Raum 30 \mathcal{A} .

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag pünktlich! Die Zahlung fällt Euch dann leichter!

Inhalt: Den Zweiflern. — Die antisozialreformatorische Propaganda. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Den Zweiflern.

Nur alle bedeutenderen Zweigvereine haben sich in den letzten Wochen mit den ausgeschriebenen Extrabeiträgen beschäftigt. Zwar ist uns bisher nur von einem kleinen Teile der Vereine über die Besannungen berichtet worden; aber trotzdem läßt sich schon heute ein Urteil darüber fällen, wie die Kollegenschaft diese Maßnahme aufgenommen hat. In ihrer überwiegenden Mehrheit hat sie die Stellung eingenommen, die wir von vornherein bei ihr vorausgesetzt hatten: Sie hat die Notwendigkeit größerer Kräftigungen erkannt und hält es darum für selbstverständlich, daß jedes Mitglied pflichtgemäß seine Schuldigkeit tut.

Die Tatsache, daß diese Einsicht in so großen Kreisen der Verbandsmitglieder vorhanden ist, verdient von uns mit Genugtuung konstatiert zu werden, denn sie zeugt davon, daß die Kollegen die Entwicklung der Arbeitskämpfe wohl beachtet haben, eine Entwicklung, auf die wir so oft an dieser Stelle hingewiesen haben. Wenn man auch die Ergebnisse dieser Entwicklung leicht ohne weiteres erkennen kann, so gehört doch zu ihrer Würdigung als eine Teilerleuchtung des großen Klassenkampfes unserer Zeit, als ein ganz natürliches Produkt der Klassengegenstände, das historisch ebenso unvermeidlich wie notwendig ist, ein gewisser Fonds theoretischen Wissens. Dies theoretische Wissen, diese tiefere Einsicht in die wirkenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens, kommt aber nicht wie eine höhere Eingebung plötzlich über die Massen, es kann vielmehr nur durch gründliches Lernen erworben werden. Man kann es darum eigentlich nur dort voraussetzen, wo die Arbeiterbewegung bereits über ein gewisses Alter verfügt, wo die Kollegen schon lange Gelegenheit hatten, sich durch das Lesen der Arbeiterpresse und durch die fleißige Benützung anderer von unserer Bewegung gebotenen Bildungsmöglichkeiten zu unterrichten.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, konnten wir mit Gewißheit annehmen, daß man die Situation richtig beurteilen würde. Darin haben wir uns auch nicht getäuscht. Freilich, in einigen Ausnahmefällen, — wir wollen die Orte nicht nennen, denn die Kollegen können sie ja aus den Besannungsberichten, die in dieser Zeit im „Grundstein“ erschienen sind, selber herausfinden — haben Kollegen, teilweise sogar ganze Zweigvereine, die man zum alten Verstande unserer Organisation zählen muß, einen bestänndig rückständigen Standpunkt eingenommen. Außerdem ist wieder von Zweigvereinen, die erst jetzt wenigen Jahren als ganze Organisationen anzusehen sind, ein erfreulich hohes Maß von Einsicht bekundet worden.

Mit den Gründern, die man hier und da gegen die Extrabeiträge vorbrachte, müssen wir uns etwas näher beschäftigen. Wir sehen dabei voraus, daß die betreffenden Kollegen einer sachlichen Belehrung zugänglich sind; für solche, die sich nicht belehren lassen wollen, sind diese Zeilen nicht geschrieben.

Einer der Einwände gegen die Extrabeiträge ist der, daß sie zur Zeit nicht nötig seien; der Verband könne auch ohne sie seine Kämpfe so wie seither führen. Gewöhnlich führt man dann die Millionen des Verbandes an, die man scheinbar für einen unausschöpflichen Brunnen ansieht. In einer Art haben die Kollegen recht; das Verbandsvermögen würde vielleicht genügen, die Kämpfe wie seither zu führen. Aber des Pudels Kern ist ja gerade, daß die Kämpfe der nächsten Jahre eben anders als seither geführt werden müssen. Gerade weil sich das Wesen der Arbeitskämpfe ganz anders gestaltet hat und noch gestaltet, muß sich die Arbeiterschaft in erhöhtem Maße kampffähig machen. Das Charakteristische an dieser Entwicklung ist, daß sie die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in 20, 60 oder 100 Orten zum Gegenstand einer einzigen Bewegung macht. Früher beschränkten sich unsere Kämpfe auf den einzelnen Ort, wir konnten uns alle Vorteile dieses zerstreuten Kleinkrieges zu nütze machen; in Zukunft aber wird über eine Vielheit von Orten in einem Schlage entschieden werden. Für die großen Tarifgebiete wird es keine Teilentscheidungen geben; die Frage: Tarifabschluß oder Kampf — wird für die Gesamtheit des Tarifgebietes entschieden werden. Ist es noch notwendig, darzutun, um wieviel schwerer diese Kämpfe werden? Erheischt es z. B. noch Ausführungen darüber, wie schwer es im Kampffalle ist, Tausende von Streikenden in kampffreie Gebiete abzuschleichen? Wir dächten, jeder Kollege, der sich diese Entwicklung der Arbeitskämpfe betrachtet und ihre Bedeutung für die Arbeiterorganisation begreift, wird auch einsehen, daß wir nicht länger säumen dürfen, um unsere Kräftigung für diese Kämpfe der Zukunft nach Kräften zu vervollständigen. Wenn das jemals not tat, dann heute.

Daneben laufen auch Beschwerden über die „zu hohen Beiträge“. Es ist nun gewiß zuzugeben, daß es manchem Kollegen schwer fallen wird, neben den ordentlichen Beiträgen auch noch den Extrabeitrag zu zahlen. Darüber ist sich jeder klar. Auch der ordentliche Verbandsbeitrag wird manchmal nur widerwillig gezahlt. Die Entlohnung vieler Kollegen ist eben noch immer in vielen Orten so niedrig, daß jeder Groschen dreimal umgedreht werden muß, ehe er ausgegeben wird. Darauf ist nun durch die Staffellung der ordentlichen wie der Extrabeiträge soweit Rücksicht genommen, wie es eben möglich war. Daß auch dabei noch keine Ungleichheiten sind, ist freilich richtig, sie lassen sich aber nicht ganz vermeiden. Dann darf aber auch nicht übersehen werden, daß diese Klagen über die zu hohen Beiträge meistens von Leuten kommen, denen eben jede Leistung für die Organisation eine äußerst unangenehme Sache ist. Daß die Organisation Lohn-erhöhungen durchsetzt, finden sie ganz in Ordnung; aber die verwünschten Beiträge! Wir sind überzeugt, daß das Gros der Kollegen diese Leute, die man ja überall genau kennt, recht energisch in die Schranken zurückweist; sobald sie etwa allzu dreist auftreten sollten. Die Klagen über die Höhe der Beiträge sind aber auch im allgemeinen gar nicht gerechtfertigt. Eine ganze Reihe anderer Verbände stellt weit größere Anforderungen an ihre Mitglieder als der Maurerverband. Wir erinnern daran, daß der Verband der Bauhilfsarbeiter auf seinem letzten Verbandstage eine durchgehende Erhöhung seiner Beiträge um 10 \mathcal{A} pro Woche vorgenommen hat. Der Verband der christlichen Bau-

handwerker hat ebenfalls auf seinem letzten Verbandstage einen Extrabeitrag beschlossen, der nur ganz wenig hinter unsern Sähen zurückbleibt. Und sollen wir noch daran erinnern, wie erhehend die deutschen Holzarbeiter freiwillig ihre Opferwilligkeit bekundeten, als ihre Kollegen in Berlin und anderen Orten schwer mit dem Unternehmertum rangen! Ein Gefühl der Scham beschleicht uns, daß wir das zu diesem Zwecke schreiben müssen. Die Berliner Kollegen zahlen, soweit sie zu den neuen Bedingungen arbeiten, einen Streikbeitrag von sechs Mark pro Woche, und andere Kollegen, die sich seit Jahren im Frieden eines guten Lohnes erfreuen, jammern über die 60 \mathcal{A} , die sie zehn Wochen hindurch mehr zahlen sollen! Es wäre wahrlich beschämend, wenn der Extrabeitrag auf größere Schwierigkeiten stoßen würde. Bisher haben sich alle Opfer, die die deutschen Maurer bringen mußten, trefflich bewährt. Raum ein anderer Beruf kann sich mit seinen Erfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet mit uns messen; bis in die kleinsten Orte hinein erstreckt sich die Kulturarbeit unserer Organisation. Es gibt wohl nur noch wenige Maurer in Deutschland, die dem Verbandsbeitrag nicht eine mehr oder minder erhebliche Steigerung ihres Einkommens zu danken hätten. In den letzten zehn Jahren konnte der Verbandsvorstand Jahr um Jahr von vielen hundert Orten berichten, wo durch das Eingreifen der Organisation für viele Tausende der Lohn erhöht und die Arbeitszeit verkürzt wurde. Auch die letzten sechs Monate, die erste Hälfte des laufenden Jahres, haben wieder einen kräftigen Aufschwung gebracht.

Für rund 14.000 Kollegen in 133 Lohnbezirken wurde eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich dreieinhalb Stunden pro Woche und für rund 51.000 Kollegen eine Lohnerrhöhung von durchschnittlich 5 \mathcal{A} pro Stunde erreicht.

Diese Errungenschaften, die den früheren durchaus ebenbürtig sind, waren selbstverständlich nur möglich, weil die Kollegenschaft bisher niemals irgendwelche Opfer gescheut hat. Gätte sie sich fürchtam um diese Opfer herumgedrückt, so wären wir heute noch was wir früher waren: eine geknechtete, schlecht behandelte und noch schlechter bezahlte Masse rechtloser Arbeitsmaschinen. So aber haben die Selber, die der einzelne Kollege für die Gesamtheit opferte, den Aufstieg der Bauarbeiterchaft aus den Tiefen menschlichen Elends zu einer besseren Lebenshaltung bewirkt, die wenigstens doch schon die Ansätze zu einem wahrhaft menschlichen Leben erkennen läßt. Wer nicht will, daß diese Aufwärtsbewegung einer ganzen Arbeiterschaft erstarren soll, erstarren gerade in dem Zeitpunkt, wo sich die gewaltigsten und folgenschwersten Entscheidungen zusammenbringen, der fräube sich nicht gegen eine Maßnahme, die die zur Leitung der Organisation berufenen Körperschaften im Sinne eines großen Pflichtgefühls getroffen haben.

Böllig verkehrt und gerade kein Zeichen sachlichen Denkens ist der Vergleich der Organisationsbeiträge mit den Steuern und Abgaben, die der heutige Staat von uns fordert. Die Steuern zahlen wir einem Staat, der der Sachwalter unserer Gegner, der herrschenden Klassen, ist, der die von uns aufgedrachten Summen zum großen Teil gegen uns verwendet. Unsere Organisationssteuern werden verwaltet von einer Körperschaft,

die aus unserer freien Wahl hervorgegangen ist, deren Verhältnis zu uns durch das gegenseitige Vertrauen geregelt wird. Und die Summen werden nicht gegen uns, sondern für uns, für unsere materielle Wohlfahrt verwendet. Wir meinen, daß dieser Unterschied so gewaltig ist, daß er von Leuten, die in dieser Sache das Wort glauben ergreifen zu müssen, nicht übersehen werden dürfte.

Eigentümlicherweise hat man auch noch das „demokratische Prinzip“ gegen den Extrabeitrag ins Feld geführt. Ausgerechnet das demokratische Prinzip, wo die Ausschreibung der Extrabeiträge auf einen einmütigen Beschluß des Kölner Verbandstages erfolgte, nachdem sich bereits im vorigen Herbst mehr als 600 Versammlungen für erhöhte Leistungen ausgesprochen hatten! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wie überall, so auch hier, dem demokratischen Prinzip in vollem Umfang genügt worden ist. Sechs Monate lang haben alle Verbandsmitglieder Gelegenheit gehabt, sich zu der Frage des Extrabeitrages zu äußern, und in dieser ganzen Zeit ist nicht eine Stimme laut geworden, die dagegen gewesen wäre. Auch der neue Absatz 4 im § 19 des Statuts hat acht Wochen lang zur Diskussion gestanden, ohne daß irgendwelche Neußerungen dagegen bekannt geworden wären. Was soll nun heute das Gerede von der Verletzung des demokratischen Prinzips durch diesen „Diktaturparagrafen“, wie das hboe Schlagwort lautet? Möchten sich doch jene Kollegen einmal über das Wesen der Demokratie klar werden! Möchten sie sich auch einmal klar werden über die Lebensbedingungen einer großen Kampforganisation, die mit ebenbürtigen Gegnern im Felde steht! In jeder Massenorganisation entwickelt sich die Demokratie zum Repräsentativsystem, d. h. zur Bildung von aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Ausschüssen, denen die Leitung und Verwaltung des Ganzen obliegt. Genau so ist es in unserer Organisation und unter diesen Bedingungen ist die Frage des Extrabeitrages entschieden und geregelt worden.

Aber noch ein Wort an jene irrenden Verehrer des demokratischen Prinzips. Sie glauben dem demokratischen Prinzip zu nützen; in Wirklichkeit aber läuft ihr Streben, das in diesem Falle im Schelten über den Extrabeitrag besteht, darauf hinaus, auf einem außerordentlich wichtigen Gebiet, nämlich auf dem des Arbeitsvertrages, die Demokratie zu hemmen, vielleicht gar zu vernichten. Denn bei den zu erwartenden großen Kämpfen, die sich um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf breiterer Grundlage drehen werden, handelt es sich in Wahrheit doch einzig um die Frage:

Sollen die Arbeitsbedingungen auf demokratischer Grundlage vereinbart oder sollen sie auf absolutistischer Grundlage diktiert werden?

Das ist die Frage. Es ist leblich eine Frage der Macht. Ihre Entscheidung hängt ganz von den Machtverhältnissen der beiden sich gegenüberstehenden Gegner ab. Je mehr Schlagfertigkeit, je mehr Disziplin, und je mehr Finanzkraft die Arbeiterorganisation in sich schließt, um so mehr wird diese große Preisfrage der künftigen Kämpfe im Sinne der Demokratie entschieden werden. Wenn es darum im Ernst um die Weiterführung des demokratischen Prinzips zu tun ist, der kann gegen die Extrabeiträge nichts sagen; denn wer den Zweck will, darf auch das Mittel nicht scheuen.

Wir hoffen, durch diese Darlegungen noch manchen widerstrebenden Kollegen von der Notwendigkeit des Extrabeitrages überzeugt zu haben. Vielleicht ist uns das selbst in den Zweigvereinen gelungen, die da beschließen, den Beitrag nicht zu zahlen, und wenn es „zum Neuesten“ käme. Es gibt nur ein „Neuestes“ in unserer Organisation, und das ist die Absonderung vom Ganzen. So betäubend das nun auch wäre, so würde der Verband aber doch keinen Augenblick zögern dürfen, die Geschlossenheit selbst um den Preis des Verlustes des einen oder anderen Zweigvereins zu wahren. Diese innere Geschlossenheit ist der Lebensnerv jeder Organisation, auf die sie nie verzichten kann. Mit den Folgen eines solchen Schrittes haben sich die Beteiligten dann nach eigenem Gusto abzufinden. Schließlich wollen wir jedoch die feste Erwartung und den lebhaftesten Wunsch aussprechen, daß unserer Bewegung diese Schmach erspart bleiben möge, die nichts weiter als ein Caudium für die lauernden Gegner wäre. Möge die deutsche Mannerschaft in den ihr bevorstehenden Kämpfen um das Recht der Arbeit einiger denn je zuvor dastehen und sich mit ihren alterproben und neugewonnenen Waffen ihren Weg bahnen — den Weg, der letzten Endes zur Überwindung des Klassenstaates führt!

Die antisozialreformatorische Propaganda.

Die seit dem Jahre 1882 entstandene reichsgesellschaftliche Arbeiterversicherung stieß von Anfang an auf den grundsätzlichen Widerspruch sowohl der konservativen Parteien und des extrem-kapitalistischen Liberalismus, wie insbesondere auch der großen Masse des Unternehmertums. Schon als der Entwurf des ersten der vielfach zu überschüssig gerühmten „drei großen sozialen Gesetze“, des Krankenversicherungsgesetzes; den Reichstag beschäftigte, wurde von Seiten dieser Elemente gegen derartige Arbeiterfürsorge geltend gemacht, daß sie sehr bedenklich sei; sie sei geeignet, im Arbeiter „das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit zu schwächen“, die Arbeiter „von der Pflicht der Selbstfürsorge abzulenkten“, sie „gleichgültig und sorglos, gleichgültig und leichtsinnig“ zu machen, ihre „Arbeitswilligkeit zu beeinträchtigen“, der „Tausch und der Begehrlichkeit Vorjuch zu leisten“, „Stimulanten zu züchten“ — kurz, den Charakter der Arbeiter gründlich zu verderben. In verstärkter Maße traten diese friebolen Behauptungen hervor, als es sich um das Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes und später der Invaliditätsversicherung handelte. Noch hatte man nicht die geringsten Erfahrungen mit einem der drei Gesetze gemacht, und schon fand es für jene Elemente fest, daß die Arbeiter eine „schlechte Menschenjorte“ seien, durchaus danach geartet, mit dem ihnen zugedachten „Wohlfühlen“ einen „schlimmen Mißbrauch zu treiben“. Sodann fand sich fast in allen Jahresberichten der Unfallversicherungs-Vereinsvereine die Behauptung, daß die Arbeiter durch Gewährung des Reichsaufschusses auf Entschädigung für durch Unfall im Betriebe erlittene Zerstörung oder Verminderung ihrer Erwerbsfähigkeit verleitet werden zur „Nachlässigkeit“, zum „Reichstun“, zur „Simulation“, ja selbst zur „vorsätzlichen Herbeiführung von Unfällen“, um Rente zu erlangen. Dasselbe Behauptung ist von den Zünftlern hauptsächlich von den Baugewerkszünftlern, in ihren Organen und auf ihren „Tagen“ wie weh wie oft aufgestellt worden; auch im Reichstage haben Vertreter der antisozialreformatorischen Richtungen sie des öfteren aufgestellt.

Es kam hinzu das tendenziöse Gekammer der Ordnungspolitiker über die „Undankbarkeit der Arbeiter“, die man darin sah, daß die Arbeiter die ordnungspolitischen Erwartungen nicht erfüllten, die man an die Versicherungsgesetze geknüpft hatte; sie ließen sich durch dieses Stück gouvernementaler Sozialpolitik nicht verleiten, Stellung zu nehmen gegen die berechtigten Interessen ihrer eigenen Klasse; sie gingen, was man ihnen als „Pflicht der Dankbarkeit“ betgemessen, nicht mit fliegenden Fahnen in das Lager der Reaktion über, sondern sie traten in immer größeren Massen, wie die Reichstagswahlen und das Wachstum der freien gewerkschaftlichen Organisationen beweisen, auf die Seite der Sozialdemokratie, vor deren Einflüssen man sie behüten wollte.

Im Laufe der letzten Jahre sind die gleichmaßen gegen die Arbeiterversicherung wie gegen die Güre der Arbeiterklasse gerichteten Antriebe der Scharfmacherklasse immer stärker und rücksichtsloser hervorgetreten. Zunächst haben sie, wie wir kürzlich darlegten, die Befestigung des ihren auf Rückwärtsrebildung der Sozialreform gerichteten Bestrebungen im Wege stehenden Staatsstreiks des Innern, Grafen Pofadowstky, erreicht. Wir weisen in unserem mit dieser Tatsache sich beschäftigenden Artikel darauf hin, daß die Scharfmacher und Geher vom Sturze dieses Staatsmannes das Gelingen ihrer schlechten Pläne erschaffen. Wie sehr das der Fall ist, zeigt sich immer mehr. Nur auf einige sehr charakteristische Pressenäußerungen aus jüngster Zeit sei hier verwiesen.

Die konservative, „Schlesische Zeitung“ schrieb gleich nach dem Sturze Pofadowstky's folgendes: „Sozialpolitik ist, wenn einer bestimmt, daß ein zweiter einem dritten etwas schenkt, wofür dieser ihm nicht zu danken braucht, vielmehr das Recht hat, zu schimpfen, daß das alles noch zu wenig sei. Der erste, das ist der Gesetzgeber, der aus der eigenen Tasche das wenigste zuschiebt; der zweite, das ist der steuerzahlende Bürger, der den Schaden bezieht; der dritte ist der Arbeiter, der so gut wie keine Steuern zahlt.“

Wer die Sozialpolitik so in gefälliger Weise benutzte, als eine vom Gesetzgeber auf Kosten der steuerzahlenden Bürger zu Gunsten der Arbeiter verübte Ungerechtigkeit, der verurteilt sie natürlich! Es stimmt die „Schles. Zeitung“ nicht, daß die Arbeiter selbst ihre direkten Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung zu leisten haben; daß ein guter Teil der Unfallentschädigungen sie belastet in der Form von den Krankenkassen aufzubehaltenen Verpflichtungen; daß der Reichsaufschuß zu der Invaliditätsversicherung bestreiten wird aus den enormen und ungerechten indirekten Steuern, die sie zu leisten verpflichtet sind; daß die Unternehmer ihre Beiträge zu den drei Versicherungen zahlen aus dem Ertrag der Arbeit der versicherten Arbeiter. Das konservative Blatt läßt, daß die Lasten der Versicherung auf dem steuerzahlenden Bürger ruhen und daß die Arbeiter von diesem ein „Geschenk“ erhalten. Also: weg mit der Arbeiterversicherung! Unsere Leser dürfen mit uns überzeugt sein, daß die „Schlesische Zeitung“ dem feindseligen

Geist, der die konservativen Parteien gegen die Arbeiterversicherung befeuert, Ausdruck gegeben hat.

In der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ behandelt ein Dr. med. Wilhelm Müller das alte Thema von den „ethischen Schädigungen“, die die Arbeiterversicherung verursachen soll. Die Arbeiter werden zu „Verführern“; sie „simulieren oft die schlimmsten Dauerfolgen von Verletzungen“ um der Rente willen; die Versicherungsgesetze „züchten die Sorge um das liebe Ich und schwächen Willenskräfte und Pflichtbewußtsein der Arbeiter“. Und die böse Sozialdemokratie leistet dieser „Charakterverderbnis“ allen nur möglichen Vorjuch; ihre Presse „hebt die Verführer an“ gegen die berufsgenossenschaftlichen Organe, die es doch „so gut mit den Arbeitern meinen“, insonderheit gegen die berufsgenossenschaftlichen Vertrauensräte, die „bekanntlich „immer Recht“ haben mit ihrer Beurteilung des Falles, obwohl die Erfahrung, insonderheit die Akten des Reichsversicherungsamts sehr dralisch in Tausenden von Fällen das Gegenteil beweisen.“ So versucht Dr. Müller, dessen Ausführungen von vielen bürgerlichen Blättern kritiklos oder unter ausdrücklicher Zustimmung übernommen worden sind, nach altem Rezept die Arbeiterversicherung und die Arbeiter in Mißkredit zu bringen.

Dieselbe Tendenz hat ein Artikel der „Hamburger Nachrichten“, der von „einseitiger Sozialpolitik“ handelt und sehr bezeichnend an den Wechsel in der Stellung des Reichsamts des Innern anknüpft mit dem Bemerkten; dieser Wechsel habe „der Frage aktuelle Bedeutung gegeben, ob in der sozialpolitischen Gesetzgebung eine neue Phase beginnen oder ob im Laufe der letzten siebzehn Jahre fortgefahren werden soll“. Das bei keinem vernünftigen und ethischen Politiker das geringste Ansehen genießende Heftblatt steht in der seitherigen Sozialpolitik eine „einseitige Arbeiterfürsorge auf Kosten gleichwertiger und höherer Interessen“ und fügt hinzu:

„Das Augenmaß, das die Arbeiterinteressen im Zusammenhang der wirtschaftlichen und staatlichen Gesamtinteressen richtig einschätzt, ist getrübt worden. Es wird eines harten, unbegabten Willens bedürfen, um zunächst bei weiteren Reformen die Schäden zu verhüten, die durch sozialpolitische Einseitigkeit angerichtet werden. Gebrochen sollte vor allem mit dem Grundsatz werden, daß Sozialpolitik getrieben werden muß ohne jede Rücksicht auf die Wirkungen, die sie zu Gunsten der sozialrevolutionären Propaganda ausübt. Eine sozialpolitische Gesetzgebung, die unter der Voraussetzung einer ungebührlichen Ueberjähigung der Arbeiterinteressen herbeiführt, droht auch fernhin stützende Kräfte und allgemeine zivilisatorische Potenzen zu beeinträchtigen, die für die volkswirtschaftliche Tüchtigkeit und das Staatswohl von unschätzbarem Wert sind.“

Es ist leicht zuzusehen den Zeilen zu lesen, was das Blatt mit diesen Ausführungen bezweckt: Unter dem Vorwande der „Notwendigkeit“, die „sozialrevolutionäre Propaganda“ zu bekämpfen, sollen wirkliche sozialpolitische Reformen nicht erfolgen. Die „Hamburger Nachrichten“ formen „eine gesunde maßhaltende Sozialpolitik“, die „nicht zu der Ansicht verführen darf, daß der Staat mit seinen realen Mitteln und Zwangsmitteln dazu da sei, den einzelnen die Vertriebung aller ihrer wesentlichen Lebensbedürfnisse sicher zu stellen und in erster Linie für die Fabrikarbeiterklasse einzutreten gegenüber dem Kapital und dem Unternehmertum“.

Es ist erhöht, zu behaupten, daß die seitherige Sozialpolitik dazu diene, den Arbeitern die „Vertriebung aller ihrer wesentlichen Lebensbedürfnisse zu sichern“? Das ist denn doch ein beispiellos frecher Humbug! Und geliegt wird dieser Schwundel noch dadurch, daß das Blatt fortfährt:

„Das führt in seinen praktischen Konsequenzen zu der materialistisch-sozialistischen Weltanschauung, wie sie von der Sozialdemokratie verkörpert wird; das erzeugt jene verkehrte Auffassung von der Natur des Staates, von dem Verufe des Staates auf „gerechte“ Verteilung der Güter. ... Eine allzuweit getriebene Staatsfürsorge fördert einen Sozialismus, der die stiftlichen Triebe und die wertvollsten Imponderabilien des Lebens gering schätzen läßt.“

Danach ist zu erkennen, was die „Hamburger Nachrichten“ unter „gesundem, maßhaltender Sozialpolitik“ verstehen: eine Politik der rigorösesten und gehässigsten Zurückweisung jeder wirklichen sozialreformatorischen Gesetzgebung; unbedingte Unterordnung, zwangsweise Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Interessen, die Vormundhaft; das „Wohlfühlen“ der herrschenden Klasse.

Das ist der neue sozialpolitische Kurs, den das Scharfmachertum erstrebt und vom Sturz Pofadowstky's erhofft; mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wird es auf die Erreichung dieses Zieles hinarbeiten.

Damit aber ist eine ernste und ungemein eindringliche Mahnung an die Arbeiter gegeben:

Schaart Euch, Ihr Millionen, um das Banner der Sozialdemokratie und der freien gewerkschaftlichen Organisationsarbeit... Ihr mit Erfolg, von Sieg zu Sieg schreitend, kämpfen können für eure wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen!

Politische Umschau.

Vorurteilslose Würdigung der freien Gewerkschaften. Sehr vorteilhaft von sonstigen, christlichen "Auseinandersetzungen über die moderne Arbeiterbewegung...

Seit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeslauf gehalten. Mit unbefriedigter Gewissheit wird diese Gewerkschaftsbewegung alle anderen Organisationen überflügeln.

Die Opferfreudigkeit für seine Berufsinteressen, womit der Arbeiter alle anderen Stände beschämt, kann als ein Zeichen von Intelligenz und Solidarität betrachtet werden, als ein Stück praktischen Christentums...

Über die Kirch-Dunderschen und gelben Gewerkschaften äußert sich der Kritiker: "Die freisinnigen (Kirch-Dunderschen) Gewerkschaften zeigen, trotz ihrer günstigen Klassenverhältnisse bei ihrem Mangel an einheitlich gesellener Weltanschauung...

Werbung und gute Sitte. Unter dieser Ueberschrift berührt der Korrespondent für Deutschlands Arbeiter einen Artikel, in dem es heißt: "Es ist tatsächlich eine sogenannte Konkurrenzfreiheit der modernen Arbeiterbewegung...

Welches Land hat die meisten Streiks? Wenn die vor Kurzem von der Norddeutschen Allgemeinen aufgestellte Behauptung in Deutschland nehme die Zahl der streikenden Arbeiter zu und es würde, Zugestanden, inwiefern die Stimmung anhalten soll...

Das Uebel, gegen das diese Ausführungen sich richten, ist allerdings vorhanden, wenn auch nicht allgemein, so doch nicht selten in starkem Maße. Aber wir sind überzeugt, Erfahrung, Schulung, Zunahme des Wissens und des Könnens, vor allem der kritischen Beurteilung, werden es überwinden.

"Gewinnungsschnüffelei". Unter dieser Ueberschrift wird der Berliner Volks-Zeitung aus den Kreisen der deutschen Gewerkschaften eine (Kirch-Dunders) eine Darlegung gemacht, die unersetzlich nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Es glauben zahllose Arbeitgeber berechtigt zu sein, dem abhängigen Arbeiter vorzuschreiben, für wen er seinen Stimmzettel abzugeben hat, wenn er Arbeit und Brot behalten will.

Wir müssen den Versuch, das hier in Rede stehende Verfahren mit der Gewinnungsschnüffelei und dem Gewinnungsterrorismus des Unternehmertums zu vergleichen, entfallen zurückweisen. Wenn die hierunterbreitete Manheimer Straßenschnüffelei glauben, sie ihrer politischen Ueberzeugung und Ehre schuldig zu sein...

Was die geringsten Erhebungen anlangt, so haben auch sie mit Gewinnungsschnüffelei nichts gemein. Sie haben lediglich eine propagandistische Bedeutung; sie dienen zur Feststellung und Klärung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und politischer Partei.

Was die geringsten Erhebungen anlangt, so haben auch sie mit Gewinnungsschnüffelei nichts gemein. Sie haben lediglich eine propagandistische Bedeutung; sie dienen zur Feststellung und Klärung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und politischer Partei.

Was die geringsten Erhebungen anlangt, so haben auch sie mit Gewinnungsschnüffelei nichts gemein. Sie haben lediglich eine propagandistische Bedeutung; sie dienen zur Feststellung und Klärung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und politischer Partei.

Was die geringsten Erhebungen anlangt, so haben auch sie mit Gewinnungsschnüffelei nichts gemein. Sie haben lediglich eine propagandistische Bedeutung; sie dienen zur Feststellung und Klärung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und politischer Partei.

Verfasser gruppiert die Zahlen der Streikteilnehmer und berechnet sie auf pro 1000 Erwerbstätige des betreffenden Landes nach der jeweils letzten Zählung. Da die amtlichen Erhebungen in den Ländern nicht in gleichen Zeiträumen und nicht nach demselben Schema vorgenommen werden, so ist Meyer genötigt, diesen Unterschieden durch Anmerkungen Rechnung zu tragen.

Table with 4 columns: Land, Zeitraum, Durchschnittliche Zahl der Streikenden pro Jahr, Es kommen Streikende auf je 1000 Erwerbstätige. Includes data for Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Italien, England, Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die stärkere Beteiligung der englischen erwerbstätigen Bevölkerung an Streiks gegenüber der deutschen ist das sozialpolitisch interessanteste Merkmal dieser Statistik. Allgemein herrscht die Meinung vor, in England mit seinen zahlreichen (freiwilligen) Einigungsämtern und seiner geringeren sozialdemokratischen Bewegung würde die Arbeiterkraft weniger von Streiks ergriffen als in Deutschland.

Herberghoben zu werden verdient auch: in England stagniert die Mitgliederzahl der Trade-Unions seit 1900; dagegen hob sich die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland 1900-1904 von 680 427 auf 1 052 108.

Table with 7 columns: Land, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905. Includes data for Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Italien, England.

Die ausnahmsweise hohe Zahl in Deutschland für 1905 resultiert lediglich aus dem großen Ausbekehrungsstreik mit 231 453 Beteiligten. Im übrigen bleibt Deutschland bezüglich der Zahl der Streikteilnehmer weit hinter den andern Ländern zurück.

Das geht auch hervor aus einer von Meyer mitgeteilten, auf Veranlassung des Deutschen Handeltages veranstalteten Streikzählung für die Periode 1864 bis Mai 1873. Diese Statistik wurde zu dem Zweck veranstaltet, Material gegen das 1869 gewählte Vereinsrecht (Gewerksordnung) zu sammeln.

Table with 2 columns: Jahr, Ausperrungen. Includes data for 1899, 1903, 1905.

Wenn eine Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die Gewerkschaftsführer drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern, bevor überhaupt ein Streik proklamiert wird.

Ausländische Arbeiter. Der Gewerbeverein der christlichen Bergleute in Kothingen hat an den Reichstager eine Eingabe gerichtet. Sie befinden sich im Auslande und beschwerten sich nun darüber, daß die Grubenbesitzer ausländische Arbeiter heranziehen, um die Streikenden niederzuzwingen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrten, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:
Maurer:
Hansastädte:
Hamburg; Kirchwärdler (Streik), Ochsenwärdler (Sperrten über Blecker, Neber in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübbecke (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg und Rickling (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinfeld (Sperrung über E. Haeger), Nortorf (Sperrung über Hoehsen in Bargstedt und Rohmo in Bokel), Sonderburg (Differenzen bei Landsmann & Luda und Thomsen aus Schleswig, gesperrt sind die Bauten der Marinekasernen und der Admiralität);

Mecklenburg:

Sülze (Sperrung über Holdorf), Rostock (Differenzen), Bolzenburg (Sperrung über den Bau des Mühlenbesitzers Hinselmann), Güstrow (Sperrung über Thielke), Gielow (Sperrung über Korff);

Brandenburg:

Berlin (Streik). Das Berliner Lohngebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Bohndorf, Alt-Glienicke, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiese, Haselhorst, Dalldorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hennersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von dem Streik erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennikendorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks); Mittenwalde (Sperrung über Rehfeld, Kreis Krankenhaus und Saalbau in Gallun), Königs-Wusterhausen (Sperrung über Rehfeld in Deutsch Wusterhausen);

Pommern:

Stolp (Aussperrung), Gammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrung über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperrung über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreussen:

Neumark (Streik), Marienwerder (Differenzen), Konitz (Sperrung über Hermann), Sensburg (Sperrung über Rehse), Memel (Sperrung über Richtmeier und Schmidt);

Posen:

Schwarsenz, Kolmar (Streiks), Schneidemühl (Differenzen);

Schlesien:

Ohlau, Muskan i. d. Ober-Lausitz (Streiks), Peistowitz (Aussperrung), Antonienhütte (Sperrung über Przyklinik);

Königr. Sachsen:

Chemnitz, Kirchberg (Streiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Möckern, Sohrstrasse, Alfred Kirschner in L. Gohlis, St. Privatstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrassen, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse), Schneeberg (Sperrung über G. Heckel in Schneeberg, Lain in Aue; Bau liegt in Niederschlema, und über den Fabrikneubau in Oberschlema, Unternehmer Sänder), Meissen (Sperrung über Teichert's Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperrungen), Aue (Sperrung über Ritsch in Lössnitz);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Hornhausen, Erfurt, Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Wettin (Sperrung über Zeche Johannehall, Unternehmer Röber), Oschersleben (Aussperrung), Nebra (Sperrung über Knabe in Rossleben), Keuschberg (Sperrung über Alb. Jakob), Osterwiek (Sperrung über Witte und Wilhelms);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Springe, Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks), Celle (Aussperrung), Stade (Sperrung über Büllzing), Fallingb. (Sperrung über Bostelmann);

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperrungen), Schwelm (Sperrung über Müller);

Rheinland:

Aachen, Crofeld, Dollbrück (Streiks), Heiligenwald B. Trier (Sperrung über P. Broschort), Kettwig (Sperrung über Endlein), Ruhrort (Sperrung über Gebr. Meier);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Allendorf a. d. Werra, Gerusheim (Streiks), Geisenheim (Sperrung über Schuler und Fecher), Heidesheim (Sperrung über Rump, Jakob und Franz Swidersky), Plonheim (Sperrung über Kessler, Braun und Holzderber), Oppenheim (Sperrung über A. Gesina und Florian Krayer), Lorsch (Sperrung über beide Geschäfte Brunnengraber);

Elsaß-Lothringen:

Mülhausen, Haguenau (Streiks), Strassburg (Sperrung über Ph. Frey);

Bayern:

Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Weissenburg (Differenzen);

Friesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperrung über den Zwischenunternehmer Jeschnowsky, die Arbeit ist im Postneubau in Hagen i. W.);

Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Lachen-Siebenen (Streiks);

Oesterreich:

Aussig, Göding, Königshof, Leitomischl, Loeben, Linz, Mährisch Budwitz, Tachau (Streiks);

Arbeitslosigkeit ist in Essen-Ruhr, dort wolle man sich auf dem Zweigereinsbureau, Kirchstr. 18, melden; Ruhrort-Gamborn, Meldungen im Verbandsbureau in Ruhrort-Wech, Feßstr. 41; außerdem werden sechs bis acht Maurer vom Maurermeister Kibel in Rüttig i. Westfalen eingestellt, der Stundenlohn beträgt hier 40 bis 42 A.

Berlin.

Die Lage des Kampfes hat durch die Generalversammlung des Verbandes der Berliner Baugeschäfte am 18. Juli eine in mancher Hinsicht recht bedeutende Veränderung erfahren. In dieser Versammlung erstattete der Vorsitzende, Herr Baßl, Bericht. In seiner dort gehaltenen Rede, die in Nr. 30 des „Zentralblattes“ wiedergegeben wird, hing, bald ganz offen, bald mit bombastischen und nichtselbständigen Worten verbrämt, die Sorge um die immer prekärer werdende Lage des Unternehmerverbandes wieder. Er führte aus, er habe es vorausgesehen und vorausgesehen, daß der Kampf mit der Aufhebung der Aussperrung in die Periode eintreten würde, die an die Willens- und Widerstandskraft des einzelnen die größten Anforderungen stellen werde, und habe vor der Sitzung gewarnt, daß nun alle Not in die Hände fallen werde. Der Verlauf der Dinge und die Tatsachen haben bewiesen, wie richtig die Auffassung des Vorstandes war und wie nötig die Warnung vor übertriebenen Hoffnungen gewesen ist.

Herr Baßl sagte weiter: „Wie wir es vorausgesehen hatten, wurde vom 1. Juli ab das Drängen der Bauherren auf Fortführung der Arbeiten immer härter und energischer, und so mancher Kollege ist in folge dessen und durch den Zwang der Verhältnisse schwach geworden und abgefallen. So bedauerlich das ist, meine Herren, mußtes Braucht es Sie nicht zu machen. Es sind unabwehrbare Begleiterscheinungen eines jeden bezartigen Kampfes, auf die man gefaßt sein und die man von vornherein in Rechnung stellen muß, wenn man sich nicht einer leichten, schnellen und schmerzhaften Lösung will. Einen Trost sollen die Unternehmer darin erfinden, daß es auch den Arbeitern, wie Herr Baßl berichtet, ebenso geht; auch diese hätten Abtrünnige zu bezeichnen. Die Zahl der umgefallenen Verbands-Mitglieder gab Baßl auf 40 an, was recht bemerkenswert ist, denn bis dahin hatten die Unternehmer die diesbezüglichen Angaben der Arbeiterorganisationen immer als unwahr bezeichnet. Diese 40 sind für Herrn Baßl noch wenig, 15 pSt., das wolle noch nichts bedeuten. Man habe eigentlich mit viel mehr Abtrünnigen gerechnet und sei durch dies Resultat angenehm überrascht. (3) Mit diesen 90 seien aber die Schwachen „a z i e m i t t e l“, alle, was nun noch da sei, das seien die Kampfesmutigen, auf die fest gerechnet werden könne. Inzwischen ist die Zahl auf 101 gestiegen und Herr Baßl sprach die letzte Wautenkontrolle befehlet worden sein, daß bei immer mehr „Kampfesmutigen“ eine Kampfesmutigkeit eintritt, die gewöhnlich der Vorbohe des Feindes ist.“

Die Zahl der „Arbeitswilligen“ schätzte Herr Baßl auf 1016 Maurer, 200 Zimmerer, 2950 Bauarbeiter und ungefähr 2000 Arbeiter. Danach lautet es mit der immer größeren Ausdehnung der Hoffnungen, „Berliner Wind“ zu sein, denn von etlichen Worten nach die Zahl dieser ehrsamen Jungs der ganzen Unternehmerprelle auf 8000 angegeben. Wenn die Unternehmer sich auch manche der schönen Submissionsblüten nach Baßl sollen die Zahlen jedoch „nicht unweiselicht höher“ sein, weil „viele“ Unternehmer, die gewonnenen „Arbeitswilligen“ so sorglich hüten, daß sie noch nicht einmal dem eigenen Organisationsvorstand näheres darüber sagen. Sehr schmeichelhaft für die Streikleitung ist, was Herr Baßl über die „Erfolge“ der mit der Beschaffung der Streikbrecher beauftragten Kommission sagte: „Die meisten und größten Schwierigkeiten machen die Baßl und die Beschaffung ausländischer Maurer und Zimmerer. Die aufopfernde Tätigkeit der damit betrauten Kommission und namentlich ihres Vorsitzenden, des kranken Guchow, ist geradezu bewundernswert und beispielhaft. Durch Herrn Guchow's Mithilfe ist ermöglicht, sind die Herren immer wieder bereit, die anstrengendsten Reisen, meistens zur Nachtzeit, zu machen und so unsere Gegner dauernd in Atem zu halten. Ich muß aber erzielte Erfolge nicht antipprechen und der aufgewandten Arbeit und Mühe, so ist der Effekt nicht erlösende Energie um so bedeutender und wertvoller.“ Es liegt eine etwas sonderbare Logik darin, daß der Effekt der Bemühungen um so wertvoller sein soll, je weniger er der aufgewandten Arbeit entspricht.

Am schmerzlichen lastet jetzt der Druck auf den Zimmermeistern, die auf ihre Kollegen vom Maurerfach nicht gut zu sprechen sind, weil sie auch von diesen arg gedrängt werden, die übernommenen Arbeiten zu liefern. Aus diesen „Anfinsternissen“ droht ein ernstlicher Konflikt zwischen den Unternehmern auszubringen; es scheint jedoch, als wenn es dem Vorstande gelingen wäre, die Zimmermeister mit Redensarten zu beruhigen. Zum Schluß holte Herr Baßl noch einmal kräftig aus, indem er von dem „lauidinen Joch“ rebete, was den Unternehmern von der Sozialdemokratie aufgelegt werden solle. „Keinen Frieden ohne Sieg“ ist Herr Baßl's Parole. Als „retorische Wendung“, mag das ja hingehen.

Von den weiteren Rednern ist Herr Geuer zu erwähnen. Er schien es auf sich genommen zu haben, die zu einem guten Abschluß nötige Kurzaufnahme zu erzwingen. Nach seiner Meinung sind die Unternehmer, die die Forderungen beifügen haben, an Händen und Füßen gebunden dem Terrorismus der Arbeiterorganisationen ausgeliefert. Sein ganzer Speech beruht die sehr bedrückende Angst vor weiterem Abfall. Den „Clou“ seiner Ausführungen bildete ein fulminantes Geschwafel über den „Terrorismus“ der Streikenden, womit Herr Geuer das Streikpotenzial eben meinte. Er verlas eine Schamfächer, die der Reaktor v. Jagwitz in der Scherprelle losgelassen hat. Es heißt darin: „Ich habe in Nr. 290 des „Tag“ nachzuweisen versucht, daß eine Verringerung des § 153 der Gewerbeordnung dringend erforderlich ist. Glaubt die Reichsregierung eine Mehrheit für ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen im Reichstage nicht finden zu können, so lasse sie wenigstens für eine vernünftige Auslegung und strenge Handhabung der vorhandenen Gesetze. Selbst wenn das „Bündel“ (Streikpotenzial) nach englischem Muster als ein gesetzlich erlaubtes Hilfsmittel des Ausstandes

angesehen wird, können die drohenden Ansammlungen lärmender Arbeiter, die gegenwärtig auf den Berliner Bahnhöfen die zugehenden Bauarbeiter empfangen und zur Mühsucht zu bestimmen suchen, nicht mehr als Streikpotenzial betrachtet werden. Ich bezweifle diesen großen Unfug und diese Verlethung, welche die Polizei seit Wochen in Atem hält, als eine Schande der Reichshauptstadt; sie weiter zu dulden, wäre eine unerbittliche Schwäche und müßte im ganzen Lande die gefährlichste Nachwirkung ausüben. In solchen Zuständen Wandel zu schaffen, halte ich für eine der dringlichsten Aufgaben des neuen Staatssekretärs.“

Herr Geuer, der „moderne“, „sozialpolitisch gefärbte“ Unternehmer tat folgenden Senf dazu: „Dieser Auffassung müssen wir uns alle anschließen. Man sagt, unsere Gesetze reichen aus, Arbeitswillige zu schützen; dann sollen sie aber auch Anwendung finden. Die Zustände an den Bahnhöfen sind in der Tat „eine Schande der Reichshauptstadt“. Wer arbeiten will, muß es auch können. Vor Terrorismus und Brutalität soll der Staat uns schützen. Zwar fehlt uns nicht die Hilfe der Polizei, diese ist aber auf den Bahnhöfen machtlos.“

In der nächsten Nummer werden wir wohl berichten müssen, daß die Bahnbehörde diesen Wunsch der Unternehmer berücksichtigt hat und ihr Teil dazu beiträgt, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes zu verweigern. Es kann nicht verwundern, daß diese Genüge Leistung mit „braufendem Beifall“, belohnt wurde, während sich Herr Baßl mit „lebhaftem Beifall“ hatte begnügen müssen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der „günstige Stand“ des Kampfes beschworen und die Hoffnung auf dessen baldige und erfolgreiche Beendigung ausgesprochen. Das ist natürlich eine sehr trügerische Hoffnung, auf die der Reim vom Doffen und Garren in vollem Umfange zutrifft. Der Verband der Baugeschäfte hat sich dann noch folgende Rundgebung geleistet:

„In Ausführung eines bezüglichen Beschlusses der letzten Generalversammlung vom 18. Juli d. J. bitten wir unsere Mitglieder, die während des jetzigen Ausstandes von ihnen beschäftigten arbeitswilligen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter auch nach Beendigung des Kampfes, namentlich aber in der arbeitswilligeren Zeit des Winters, in erster Linie zu berücksichtigen, sie bei Neueinstellungen von Arbeitskräften zu bevorzugen, soweit es irgend möglich ist, und dies bei Einstellung jedesmal den betreffenden Arbeitswilligen bekannt zu geben.“

Sollte Arbeitsmangel dennoch eine Entlassung in Zukunft nötig machen, so wolle man sich für die Unterbringung der zu entlassenen Arbeitswilligen in Betrieben bekannter Kollegen, durch persönliches Benehmen mit diesen, eifrigst und krafttätig bemühen, und zu gleichem Zwecke auch unserm Geschäftskam rechtzeitig Namen und Adressen der zu entlassenden Leute angeben.

Wir halten diese Pflicht, deren Erfüllung wir von unseren Mitgliedern unbedingt erwarten, soweit es ihnen irgend möglich ist.“

Man weiß, was man von bezartigen Dingen zu halten hat. Wunderbar daß man erfahren, daß solche Versprechungen ebenso schnell vergessen wurden, wie sie gegeben waren. Auch hier wird es nicht anders sein.

Nachdem erst vor 14 Tagen 81 größere Baufirmen in Form großer Juferte befristigt hatten, daß sie sich den Beschlüssen des Unternehmerverbandes stets fügen würden, haben jetzt weitere 279 Geschäfte dieselbe Erklärung losgelassen. Da der Verband seine Mitgliederzahl auf 600 angibt, so sind es also noch immer rund 300 Geschäfte, die diese Erklärung nicht abgegeben haben. Was übrigens von solchen „spontanen“ Rundgebungen zu halten ist, kann man daraus sehen, daß sich unter den 279 Firmen 27 befinden, die die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben.

Nach den Bekundungen eines Mitgliedes des Verbandes der Baugeschäfte ist diese Unterschriftenveröffentlichung p u r e S c h o i n d e l. Man hat am Schluß der Versammlung in Eile eine Resolution verfaßt und die aufgestellte Liste der antwortenden Firmen darunter gesetzt. So erklärt sich, daß viele Firmen von einer geleisteten Unterschrift gar nichts wissen. Auf jene Bauten, die Firmen gehörten, die die Erklärung unterschrieben haben sollten, hatten die Maurer kurz entschlossen die Arbeit niedergelegt, und nun zeigte sich, daß jene Firmen gar nicht wußten, daß ihre Namen an allen Anschlagstulen als die von verbandstreuen Mitgliedern prangen. Das ist der Terrorismus in Glacéhandschuhen. Von den etwa 300 Firmen, die unterschrieben haben sollen, daß sie die Forderungen der Streikenden nicht bewilligen wollen, haben übrigens 129 zur Zeit gar keine Arbeit und 20 beschäftigten nur Zimmerer.

Nach den neuesten Feststellungen aller beteiligten Organisationen arbeiteten zu den neuen Bedingungen:

Table with 3 columns: Name, am 7. Juli, am 24. Juli. Rows include Maurer vom Zentralverband, von der Freien Vereinigung, Zimmerer vom Zentralverband, Bauarbeiter vom Zentralverband, and Insgesamt.

Die Zahl der Streikenden ist wie folgt:

Table with 3 columns: Name, am 7. Juli, am 24. Juli. Rows include Maurer vom Zentralverband, von der Freien Vereinigung, Zimmerer vom Zentralverband, Bauarbeiter vom Zentralverband, and Insgesamt.

Von den in unserem Verband organisierten Bauern befinden sich 671 im Streit und von den Mitgliedern der Gips- und Zementbrände sind 619 in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauern haben am 17. Juli eine Bautenkontrolle ausgeführt, bei der 327 Bauten ermittelt wurden, die für die Bauernarbeit in Betracht kommen. Auf 245 dieser Bauten waren die Forderungen der Maurer und Bauarbeiter bewilligt und Bunker tätig. Auf 13 Bauten, die nicht bewilligt war, arbeiteten 141 Arbeiter als Streikbrecher. Auf 12 Bauten ruhte die Bauarbeit. 49 Bauten wurden vorgefunden, die bis zur Bauarbeit fertig waren, wo aber noch nicht damit begonnen war. Bei der Arbeit wurden im ganzen 2402 Arbeiter angetroffen, von denen 1244 im Bunker, 1158 im Innenputz tätig waren. Zur Streikkontrolle meldeten sich am selben Tage 887 Arbeiter. Von den auf den Bauten tätigen Bauern waren 1640 in der Sektion, 83 direkt im Maurerverband organisiert, 89 total organisiert, 102 im Christlichen Verband und 434 waren unorganisiert.

Dass auch mehrere sogenannte „Bunkermeister“ ihre Zeit genommen glauben, ist eine bekannte Erscheinung bei den Kämpfen im Baugewerbe. Mehrere dieser Schwabener versuchen ihr Glück teils mit unorganisierten Bauern auf unergiebigen Bauten, teils mit organisierten Bauern auf Bauten, wo die Forderung der Maurer usw. bewilligt ist. Diefem Doppelspiel hat unsere Sektion dadurch ein Ende gemacht, daß laut Beschluß vom 13. Juli bei solchen „Bunkermeistern“ die Arbeit einzustellen ist. Dieser Beschluß ist mit vollem Erfolg durchgeführt worden.

Von den bei Ausbruch des Streiks im Vohrgebiet Berlin arbeitenden Maurern in der Zahl von 17 000 Bauern gegenwärtig 6681, also 39 pSt., zu den neuen Bedingungen. Der Prozentfuß wird aber noch höher, wenn die arbeitsfähige Arbeitszeit allein in Frage kommt. 420 Maurer haben den Arbeitsauftragstag auf Bauten, wo keine Anerkennung des Tariffußes stattfand, und statt 17 000 Maurern kommen für die arbeitsfähige Arbeitszeit nur 16 000 in Betracht, das etwa 1000 in Fabriken usw. arbeiten. Man kann sagen, daß jetzt 44 pSt. aller Maurer den Arbeitsauftragstag haben; bei den Zimmerern stellt sich der Prozentfuß auf 88,74 pSt. und bei den Bauarbeitern verhält es sich ähnlich wie bei den Maurern.

Ueber die Dauer des Kampfes läßt sich zur Zeit noch gar nichts sagen. Die Unternehmer um Wahl-Geuer nehmen mehr denn je einen schroffen Herrenstandpunkt ein und wollen sich aufs äußerste gegen die Verkürzung der Arbeitszeit stemmen. Die Streikenden dagegen erklären: Nicht eher soll Friede sein, als bis die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe durchgeführt ist.

Gau Berlin. Der Streit in Potsdam i. Pos. dauert fort, obwohl die christlichen Schmuckfanten, so sich katholische Predigtmissionen, den Kaiserpreis machen. Es sind dies dieselben Elemente, die im Vorjahre den Versuch in Griebenitz vollzogen. Viele Familien werden bei der berechtigten Wohnungsnot in eine arge Notlage geraten, denn mehrere Bauten liegen noch gänzlich still. In letzter Zeit haben Verhandlungen zwischen unserem Gewerkschafts- und den Unternehmern stattgefunden, die aber ohne Ergebnis waren. Die Unternehmer wollten durchaus nicht die erste Stunde fallen lassen. Im übrigen fangen einige der Unternehmer an zu rechnen, und finden, daß die Arbeit mit „Arbeitswilligen“ bedeutend teurer wird. Gut Ding will Weile haben.

Gau Bremen. Die Lohnbewegung in Wabbergen ist Sonnabend, den 27. Juli, durch Abschließung eines Vertrages mit den Unternehmern beendet worden. Unsere Kollegen haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Bisher konnte von einem geregelten Arbeitsverhältnis nicht die Rede sein; auch standen unsere Kollegen nicht im Wochenlohn, in den meisten Fällen wurde Jahreslohn gezahlt, so daß man eigentlich nur, wie es noch vielfach in Ostpreußen auf dem Lande ist, von Maurerflechten reden konnte. Das ist jetzt anders geworden. Unsere Kollegen erhalten vom 1. August d. J. bis 31. März 1908 40 %, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 43 %. Für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit 10 % pro Stunde mehr. Die Lohnzahlungen erfolgen jede Woche am Sonnabend gleich nach Schluß der Arbeitszeit. Auch das bisherige vierzehntägige Kündigungsverhältnis ist aufgehoben worden. Gleichfalls wird auch für Arbeiter 5 km vom Orte entfernt 20 % pro Tag mehr gezahlt. Die Arbeitszeit ist jetzt zehnstündig. Weiter unsere Kollegen so tapere Verhandlungsführer wie bisher, so können sie noch viel erreichen. An den Verhandlungen nahmen der Kassierer des Zweigvereins Quakenbrück sowie der Gewerkschaften teil.

Nachdem die Sache der Unternehmer im Kampfe mit unseren Kollegen in Delmenhorst vollständig verpufft ist und die Unternehmer unter sich immer unzufriedener werden, sind sie in der letzten Woche zu einer großen Sitzung nach Bremen eingeladen worden, wo man ihnen einige Verabredungen vorzutragen hat; das ändert aber an der Tatsache nichts, daß die Sache für die Unternehmer so gut wie verloren ist. Da in Bremen noch Arbeit vorhanden ist, möchten wir alle Kollegen bis auf den letzten Mann raten, den Delmenhorster Staub von den Pantoffeln zu schütteln.

Gau Cöln. Seit dem 20. Juli stehen die freigeorganierten Maurer und Bauhilfsarbeiter in Crefeld im Streit. Die Bewegung beruhte auf gemeinsamen Beschüssen der Führer des freien mit den Führern des christlichen Verbandes. Bei der Verkündung der ersten Sperren zeigte sich, daß die Mitglieder des christlichen Verbandes an den vorgezeichneten Arbeitsplätzen stehen blieben. Ihre Führer führten in der am 23. Juli abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung der Lokalkommission dies Verhalten ihrer Mitglieder auf einige Mißverständnisse zurück. In dieser Sitzung wurde nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, den am 24. Juli stattfindenden Verhandlungen der freien und der christlichen Organisationen zu empfehlen, die bereits verkündeten Sperren durchzuführen und in bezug auf die übrigen Unternehmer eine abwartende Stellung einzunehmen. Die Führer des christlichen Verbandes stimmten diesem Beschlusse zu, wonach also die christlichen Mitglieder am Donnerstag ebenfalls bei den anderen Firmen (Frings und Sellmann & Janßen) die Arbeit einstellen sollten. Dieser Beschluß ist auch in allen drei Verhandlungen gefaßt worden, so daß also am 26. Juli bei Frings und Sellmann & Janßen von den Christlichen ebenfalls

die Arbeit eingestellt wurde. In der am 26. Juli, Vormittags, abgehaltenen weiteren Sitzung wurde dann beschlossen, auf dem Stahlwerk bei Birgels & Piepers ebenfalls die Arbeit einzustellen, vorbehaltlich einiger Bedingungen wegen der Fabrikmaurer, weil sich diese notwendig machte. Wegen der, daß sich Nachmittags um 4 Uhr die Vertreter der drei Verbände am Stahlwerk treffen sollten und, wenn die Bedingungen nicht zustimmen, die Einstellung vor sich gehen sollte. Wer nicht kam, war der christliche Vertreter. Nachforschungen danach waren ergebnislos. Die sämtlichen Arbeiter, einschließlich der christlichen Organisationen, stellten indes sofort die Arbeit ein. Am 26. Juli fingen die Christlichen auf dem Stahlwerk wieder an zu arbeiten. Auf Vorklebung der Freigeorganierten wies die Seite Abends die Arbeit wieder ein. Mittlerweile hatten auch die hiesigen bürgerlichen Zeitungen („General-Anzeiger“, „Zentrumsblatt“) von der christlichen Veranlassung einen Bericht gebracht, wonach dort nach einem Referat Pfeffers beschlossen war, sich mit dem Vorgehen der freien Verbände nicht einverstanden zu erklären. Auch sollten sie erklärt haben, jedoch zur Verhandlungsbereit zu sein. Die Unternehmer haben trotzdem zur Ausübung der sämtlichen Leute gegriffen, die ihren Vertrag nicht unterzeichneten. Das Winken hat den Christlichen Verbänden haben auch einen weiteren Streik begangen. In der am Dienstag, den 23. Juli, abgehaltenen, oben schon erwähnten Sitzung der vereinigten Lokalkommission wurde festgestellt, daß keine Organisation das Recht habe, mit der Unternehmervereinbarung allein zu verhandeln. Es wurde vom Gewerkschafts-Mitteln dem Unternehmer bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Unternehmer vielfach genug sein könnten, mit den Christlichen allein Verhandlungen zu führen, da aus dem Verhalten der Christlichenorganisierten sehr leicht der Schluß gezogen werden kann, daß diese Organisation nachgiebiger und zum Streikbruch zu haben ist. Die christlichen Führer wiesen diese Vermutung entschieden zurück. Man wird uns von glaubwürdiger Seite mitteilen, daß am 25. Juli tatsächlich eine Verhandlung der christlichen Organisationen mit dem Arbeitgeberverbande stattgefunden hat in derselben Zeit, wo laut gemeinsamem Beschluß am Stahlwerk die Arbeit eingestellt wurde und wo bei dieser Gelegenheit die christlichen Führer wie die Steinadlern berghilf gefaßt wurden. Was man von einem solchen Vorgehen der Christlichen zu halten hat, überlassen wir dem Urteil des anständigen Menschen. Wir müssen es uns verlagern, im gegenwärtigen Augenblick unsere Meinung hierzu zu sagen. Grundsätzlich sind die freien Organisationen im Geseher Bezirk so stark, um mit den Unternehmern den Kampf zu führen, der für die Geseher Bauarbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen soll. Gehen die Christlichen den Kampf aus dem Wege, so können sie den freigeorganierten denselben höchstens schmerz, aber unter keinen Umständen erfolglos machen. Die christlichen Führer bestritten, die Berichte über ihre Nichtteilnahme in den Zeitungen veröffentlicht, überhaupt in dem Sinne beschlossen zu haben. Sie wollten eine Verichtigung von diesen Zeitungen verlangen. Aus den von uns oben dargelegten Ereignissen geht hervor, daß die Herren hierzu keine Veranlassung haben; denn eine Abkündigung ist doch nunmehr schiedsgerichtsbündig unmöglich. Wir teilen noch mit, daß bei der tatsächlichen Aufnahme kurz vor dem Streit 187 freigeorganierte Maurer und 228 freigeorganierte Hilfsarbeiter, weiter 71 christlich organisierte Maurer und 39 Hilfsarbeiter gezählt wurden. Am 27. Juli Mittags waren in den Streit eingetreten resp. ausgeperrt: 114 freigeorganierte Maurer, 138 freigeorganierte Hilfsarbeiter, weiter 23 christlich organisierte Maurer und 16 christlich organisierte Hilfsarbeiter. Eine Anzahl Maurer und Hilfsarbeiter arbeitete bereits zu neuen Bedingungen, eine weitere Anzahl ist abgereist resp. in anderweitiger Arbeit untergebracht worden. Wir werden über die Situation in den nächsten Tagen, wenn erst der Kampf auf der ganzen Linie durchgeführt ist, näheres berichten.

Gau Dresden. Die Königsbrücker Kollegen haben durch ihr dreifaches Vorgehen eine Lohnserhöhung von 2 % erobert. Am 25. Juli wurde die Forderung gestellt und am 26. Wendis sollten die Unternehmer geneigt werden haben, andernfalls sollte am 27. Juli früh die Sperre über ein Geschäft verhängt werden. Die Unternehmer boten 35 % Lohn und stellten es frei, wie lange gearbeitet würde. Gegen eine starke Minorität nahmen die Kollegen diese 35 % vorläufig an und beschloßen einstimmig, gleich am nächsten Tag nur zehn Stunden zu arbeiten. Da die Unternehmer nicht glauben, daß die Maurer bei der Lohnserhöhung von 2 % eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde annehmen würden, so werden sie es anderen Tags bereut haben, daß sie die zehnstündige Arbeitszeit freigestellt. Damit ist im Gebiet des Ramener Arbeitgeverbundes in zwei Bezirken die zehnstündige und in einem Bezirk die 10 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. In den anderen Bezirken wird die zehnstündige Arbeitszeit nun auch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Gau Erfurt. Ueber den Streit in Erfurt wird geschrieben: Da es den Unternehmern allein nicht möglich ist, die noch heute im Kampfe stehenden baugewerblichen Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, ohne die Einführung der anderthalbstündigen Mittagspause im Sommer vom nächsten Jahre an festzusetzen, so glauben die verschiedenen bürgerlichen Wähler u. dazumit helfen zu müssen. Nicht allein, daß die Streikenden durch die Herbeischaffung von ausländischen Streikbrechern erbittert werden, sondern auch die unmaßigen, lügenhaften Zeitungsaufträge tragen dazu viel bei, das Feuer zu schüren. In derselben Richtung wirkt das Vorgehen der Polizeibehörden, deren Maßnahmen nicht immer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Kropalke dem lassen die Kollegen den Mut nicht sinken und werden den Kampf in unermindelter Schärfe fortführen. Wenn es auch einigen Unternehmern gelungen ist, ihre Bauten zu den bestimmtem Bezugsterminen fertig zu bekommen, so ist die große Mehrzahl der Bauten trotz der langen Zeit nicht viel vorwärts gekommen. Nach alledem ist die Situation des Kampfes immer noch als gut zu bezeichnen, wenn es auch den Unternehmern gelungen ist, in der letzten Woche noch eine Anzahl ausländischer „Arbeitswilliger“ heranzuschaffen. Die am 24. Juli stattgefundenen Bautenkontrolle ergab folgendes Resultat: Auf 85 Neubauten und 2 Umbauten arbeiteten 80 Polier, 165 Maurer, 151 Lehrlinge und 221 Bauarbeiter, darunter waren

180 Italiener. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 1 Polier, 30 Maurer und 15 Bauarbeiter. Gegen die am 17. Juli stattgefundenen Kontrolle ist nur eine Zunahme durch die herbeigeschafften italienischen Streikbrecher zu verzeichnen, wodurch der Kampf aber höchstens noch verlängert werden kann. Die Unternehmer wollen es anscheinend nicht anders haben, wie dies aus ihrer letzten Mitteilung zu erhellen ist, indem sie auch den letzten von uns gemachten Vermittlungsvorschlag ablehnten und sich nur zu Verhandlungen bereit erklärten; wenn unterdessen neue Vorschläge gemacht würden, das heißt, wenn die Forderung der Arbeitszeitverkürzung zurückgegeben. Dazu haben wir keine Veranlassung. Mögen die in der Fremde arbeitenden Kollegen hieraus ihre Schlüsse ziehen, für uns kann nur eins die Lösung sein: Aushalten!

Gau Hamburg. Vom Streit der Maurer in Segeberg ist zu berichten, daß am Mittwoch, 24. Juli, eine Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden hat, die aber resultatlos verlief. Das Angebot der Unternehmer war: bis 31. März 1909 eine zehnstündige Arbeitszeit und 50 % pro Stunde. Von unserer Seite wurde der Vorschlag gemacht: bis 31. März 1908 zehnstündige Arbeitszeit und 53 % pro Stunde, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 55 % pro Stunde.

In Flensburg haben die Kollegen am 28. Juli mit 107 gegen 37 Stimmen beschlossen, den Streit abzubrechen, um zu geeigneter Zeit den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Arbeit ist noch nicht wieder aufgenommen worden; es soll erst noch mit der Zustimmung verhandelt werden. Wir erwidern darum alle Kollegen, Flensburg vorläufig noch streng zu meiden.

Gau Hannover. Ueber den Streit in Wunstorf wird uns noch vom Zweigverein Hannover geschrieben: Die Wunstorfer Kollegen forderten eine Lohnserhöhung von 40 auf 45 %. In ihrer Bescheidenheit haben sie den Unternehmern von vornherein an diese Forderung zu denken: sofort sind 2 % mehr zu zahlen, bis 1. Oktober d. J. an ein weiterer Prozent mehr und vom 1. März nächsten Jahres an solle die volle Forderung bewilligt werden. Trotz dieser Bescheidenheit hatten sie doch kein Glück bei den Unternehmern. Der Unternehmer Wabe meinte, die Kollegen sollten nur bis zum Herbst warten, dann würden sie alle 45 % bekommen. Diese Spekulation auf die Einstellung der Maurer war nun aber doch allzu plump, als daß unsere Kollegen darauf eingehen konnten. Sie kannten die Unternehmung zu gut, um zu glauben, daß diese eine Lohnserhöhung eintreten lassen würden, wenn die meisten Arbeiter fertiggestellt worden sind. Da nun Herr Wabe mit seinem Plan abfiel, so berief er zum 13. Juli eine Sitzung ein, in der über die Lohnforderung verhandelt werden sollte. Er brachte dazu einen Eisenbahnbetriebssekretär mit, der jedenfalls die Verhandlungen heno-graphisch aufnehmen sollte. Als Herr Wabe die Präsenzliste festgestellt hatte, stellte sich dann auch der Kollege Meißner aus Hannover vor. Das war Herrn Wabe scheinlich unangenehm, er konnte es nicht ertragen. Kollege Meißner sollte fort. Dieser war schließlich, um eine Einigung nicht an seiner Person scheitern zu lassen, auch bereit, die Sitzung zu verlassen; aber die Kommissionsmitglieder gaben es nicht zu. Die Sitzung verlief dann resultatlos; es wurde nur vereinbart, am 16. Juli noch einmal unter Hinzuziehung sämtlicher Unternehmern zu verhandeln. Am 16. Juli gekommen war und sich die Kollegen zur Sitzung eingefunden hatten, warteten sie vergeblich auf die Unternehmer. Nachdem sie sich darauf gewartet haben, blieb ihnen nichts weiter übrig als die Arbeitseinstellung. Die Unternehmer glauben, daß die Maurer bald wieder, als des Streikens müde, reumütig zurückkehren. Sie werden sich aber hierin böß verrechnen; die Mehrzahl der Streikenden ist schon abgereist und denkt gar nicht daran, zurückzukommen, ehe nicht die Forderung bewilligt ist.

Gau Leipzig. Ueber eine Episode aus dem Chemnitzer Streit berichtet die „Kom. Frag.“: „Ausführung städtischer Bauten in eigener Regie der Stadt forderten erneut in Chemnitz die sozialdemokratischen Stadtbewohner. Anlaß dazu gab ihnen ein am Ort ausgebrochener Streit der Bauarbeiter. Zahlreiche städtische Bauten sind davon betroffen worden; besonders die Fertigstellung von Schulbauten ist wegen des herrschenden Mangels an Schulräumen dringend erforderlich. Bei der Debatte kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und dem Oberbürgermeister Dr. Wed. Der zugab, daß die Stadt berechtigt sei, ihre Verträge mit den Bauunternehmern zu lösen, aber die Ansicht vertrat, der Rat würde sich einer ungehörigen Einmischung in den Lohnkampf schuldig machen, wenn er Maßnahmen verfügte, die auf eine Schädigung der Unternehmer hinausläufen. Die bürgerlichen Stadtbewohner vertreten ausnahmslos den Standpunkt, die Stadt als Bauherr dürfe den Unternehmern keine Unbequemlichkeiten bereiten.“

Daß die bürgerlichen Stadtbewohner einen solchen Standpunkt einnehmen, ist nicht weiter verwunderlich, denn es sind „Liberalen“. Aber der Oberbürgermeister sollte doch bedenken, daß es außer den Unternehmern auch noch andere Leute in Chemnitz gibt, die ebenfalls ermartet dürfen, von der Behörde, die sie selber unterhalten, mit gleichem Maß gesehen zu werden. Wenn das Gemeinwesen unter dem Arbeitermangel leidet, weil die Unternehmer ihre Leute nicht anständig begablen wollen, so hat die Gemeindeverwaltung die Pflicht, sich selbst Arbeiter zu beschaffen, unbekümmert darum, ob das den Unternehmern unbequem ist oder nicht. Die Verzögerung der Gemeinwesen bedeutet eine Schädigung der Gemeininteressen, für die die Möglichkeit besteht, sie einfach dadurch abzuwenden, daß die Stadt die Bauten auf eigene Rechnung fertig stellt. Das lehnt der Oberbürgermeister und die „liberalen“ Stadtbewohner ab, und gerade dadurch begehren sie, was sie vermeiden wollen: eine ungehörige Einmischung in den Lohnkampf, allerdings zum Schaden der Arbeiter!

Gau Löwen. Der Unternehmer E. Korff in Gilon, Zweigverein Malchin, weigert sich, den im

Maldiner Wohngebiet vereinbarten Lohn zu zahlen. Er will auch keine organisierten Maurer beschäftigen. Die Kollegen werden deshalb erlitten, den Unternehmer-Rock nicht durch Arbeitsnachfrage zu belästigen.

Gau Nürnberg. In Eschbauer die Sperre über die Bauten der Firmen Jäger & Werner unüberändert fort. Die beiden Herren machen zwar alle Anstrengungen, um von auswärtigen Maurern zu erhalten, aber die bisher Zugewandenen konnte die Firma nicht halten, da sie mehr auf die Angaben unserer Kollegen achteten und die Bauten wieder verließen.

In Weihenbrunn a. B. haben unsere Kollegen in den letzten Wochen gleichfalls versucht, eine Erhöhung ihrer elenden Löhne zu erreichen. Der Stundenlohn beträgt dort 20 bis 35 A, woran unsere Kollegen selbst den größten Teil der Schuld tragen, da sie eine Gleichgültigkeit an den Tag legen, wie man sie heute nur noch höchst selten unter Arbeitern findet. Der Durchschnittslohn beträgt 30 1/2 A pro Stunde. Eine Unterhandlung lehnten die Unternehmer ab, teilten jedoch in einem Schreiben mit, daß der Höchstlohn auf 34 A pro Stunde festgesetzt werden, im übrigen aber die Lohnabgabe den einzelnen Unternehmern überlassen bleiben solle, weiter meinten diese Gemeinmenschern, daß der, dem der Lohn nicht genüge, sich einen höheren suchen solle. Mit dem Anerbieten gaben sich unsere Kollegen nicht zufrieden, da es alles Bisherige betrafen ließ, und beschloßen deshalb, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Nun die einheimischen Maurer in Eschbach halten zu können, hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes eine Kolonne Italiener herbeigeholt, die am Schulhausneubau pro Tag 12 bis 13 Stunden arbeitet, aber eine Arbeit leistet, mit der die Stadt wohl noch ihre blauen Wänder erleben wird, denn wie es scheint, haben die meisten von diesen Ausreisern zum ersten Male eine Stelle in der Stadt.

Gau Ostern (Danzig). Den im vorigen Jahre abgebrochenen Lohnkampf haben unsere Kollegen in M. e. l. wieder aufgenommen. Als die Kollegen im vorigen Jahre 60 A Stundenlohn verlangten, konnten die Unternehmer nicht genug über die angeblich unerschöpfliche Förderung schimpfen, und als die Kollegen noch die „Freiheit“ hatten, zu streiken, glaubten die Speibühler, die Revolution sei von Auslands herübergekommen. Das Kapitalistenblatt, so sich „Memeler Dampfboot“ nennt, hat dann in einer beispiellosen Weise gegen unsere Kollegen gewirkt. Die Folge davon war, daß die Streikenden alles gegen sich hatten und der Kampf verhältnismäßig länger war. Die Unternehmer importierten dann circa 200 Italiener und glaubten nun, ein für allemal die Kraft unserer Kollegen gebrochen zu haben. Sie haben sich jedoch geirrt. Als die Streikenden im Herbst die Arbeit wieder aufnehmen, gelobten sie sich schon, nicht früher zu rücken, als bis ihre gerechte Forderung erfüllt sei. Dies haben auch wohl die gerechten Streikbrecher geteilt, denn er kam auch hier, wie überall, wo wir hier streiken, den Unternehmern zur Hilfe. Die paar Streikbrecher wurden schnell grüßlich organisiert und nun mit den Unternehmern ein Vertrag auf 48 A Stundenlohn abgeschlossen. Nunmehr glauben die Unternehmer, dem vereinbarten Zentralverband der Gewerkschaften zu können, und verlangen von unseren Kollegen den Beitritt zum Streikbrecherverband. Jedoch haben sie bald ein, daß sie hiermit nichts ausrichten konnten, und waren froh, überlassen die Arbeiter zu bekommen. Die Kaufpreise für die Kolonnen unserer Kollegen in diesem Frühjahr wurde denn auch halb erreicht, daß bis auf zwei Unternehmern, Schmidt und Nischmeyer, überall 50 A Stundenlohn gezahlt wurden. Nur diese beiden Herren konnten sich trotz wiederholter gültiger Verträge hierzu nicht bequemen. Sie beriefen sich auf den mit den Streikbrechern abgeschlossenen Vertrag und meinten, daß dieses Ding auch für uns maßgebend sei. Da die Kollegen keine Lust hatten, sich dieses ruhig gefallen zu lassen, beschloßen sie, über beide Firmen die Sperre zu verhängen. Schmidt hatte wohl schon in diesem Frühjahr, als die Protogerierung des grüßlichen Verbandes nichts wurde, die Sache vorangeführt und hatte sich 50 A Stundenlohn geholt; er als Millionär kann sich diesen Luxus erlauben. Jedoch verlor er auch, unsere Kollegen heranzuziehen; sie werden jedoch dafür sorgen, daß die paar Streikbrecher und die Italiener unter sich bleiben. Bei Nischmeyer stellen circa 40 Kollegen die Arbeit ein, so daß ihm nur einige Streikbrecher bleiben; er kann nun sehen, wie er damit seine Arbeit, die ziemlich drängt, fertig kriegt, oder er muß die Forderung bewilligen. Für unsere Kollegen eilt die Geschichte schließlich nicht so, da sie alle anderweitig zu neuen Bedingungen in Arbeit sind. Was in Memel aber für die Bewegung charakteristisch ist, ist, daß auf fast allen Privatbauten jetzt 50 A gezahlt werden, nur auf den städtischen Bauten nicht. Die Gründe hierfür möchten wir den Verantwortlichen nicht vorenthalten. Das Stadtoberhaupt, der Herr Bürgermeister von Memel, hat erklärt, er sei es gewesen, der dafür gefordert habe, daß der 50 A Stundenlohn nicht gezahlt wird, denn es sei eine Anzahl städtischer Bauten fertigzustellen. Ob der Herr vielleicht Angst hat, daß wegen des um 2 A erhöhten Stundenlohnes der Maurer die Stadtbau bankrott macht? Von großem sozialpolitischen Verstandnis zeugt seine Handlungsweise allerdings nicht. Der Herr Bürgermeister hat ja schließlich auch nicht nötig, wegen Gehaltssteigerung zu streiken. Die Memeler Kollegen werden sich aber trotzdem, auch gegen den Willen des Herrn Bürgermeisters, auf der ganzen Linie bei 50 A Stundenlohn erörtern.

Die Lohnbewegung in Marienburg ist jetzt vollständig abgeschlossen. Die Unternehmer haben für dieses Jahr 2 A pro Stunde zugefagt. Auf von den zwölf an Orte wohnenden Unternehmern haben einen diesbezüglichen Vertrag, der bis zum 30. Mai 1908 Gültigkeit hat, unterschrieben. Die übrigen zahlen den Lohn ebenfalls, verweigern aber die Unterschrift. Die Kollegen verzichten wegen der allgemeinen Depression, die Folge des Bankrotts im geschäftlichen Leben vorzuziehen, darauf, durch Sperren oder andere Mittel, diese Unternehmer zur Unterschrift zu bestimmen. Es liegt aber der Beschluß vor, daß diesen Unternehmern, wenn es ihnen einfallen sollte, den Lohn zu reduzieren, sofort entgegenzutreten werden soll.

In Marienwerder will die Lohnbewegung noch immer nicht zum endgültigen Abschluß kommen. Es ist

mit dem Arbeitgeberverband ein Vertrag auf drei Jahre vereinbart worden. Unsere Kollegen erhalten für dieses Jahr 1 A und für die nächsten beiden Jahre je 2 A Lohnzulage pro Stunde. Wegen Differenzen bezüglich der Zulage bei Überstunden sind die Unternehmer noch in der Beratung; sie haben also bis jetzt den Vertrag noch nicht unterschrieben. Der Lohn wird jedoch auf den vereinbarten Betrag bezahlt. Es dürfte also in den nächsten Tagen der vollständige Abschluß herbeigeführt werden. Der Bericht von Marienwerder in Nr. 29 des „Grundstein“ ist demnach verfrüht. Auch sonst steht er mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandskassier für das Jahr 1908 gelangt Anfang September zur Ausgabe. Der Preis beträgt wie in den Vorjahren 50 A. Bestellungen sind in den nächsten Wochen zu machen, damit wir die Ausgabe bestimmen können.

Storbekanntmachung darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugeben ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 22. bis 27. Juli für folgende Mitglieder erteilt:

Franz Dieg-Grünthal (Franz), 140 156; Mari Wagheim-Düren (Franz), 246 612; A. Babel-Danzig, 225 155; A. Reubel-Greifswald (Franz), 74 465; Soach, Wiedert-Wittenberge (Franz), 108 020; Joh. Wille-Hamburg (Franz), 28 559; Joh. Schäfer-Frankfurt a. M., 20 514; Fred. Schulz-Regen, 96 971; Herm. Müller-Saage i. M., 82 161; Joh. Heber-Nagelburg (Franz), 96 268; Rich. Kulow-Teich (Franz), 104 022; Gust. Kubunzlang (Franz), 57 350; Erm. Mühlste-Dröben (Franz), 145 244; Wilh. Holz-Eichhof (Franz), 65 987; Peter Friedrich-Nürnberg (Franz), 267 357; Peter Ditz-Mainz, 115 983; Herm. Moritz-Göblich, 177 351; Herm. Sörger-Bremen, 15 021; W. Ghele-Bremen (Franz), 115 812; Stefan Walter-Hannover, 31 667; Julius Pfeffermann-Göbel (Franz), 56 465; Herm. Diedmann-Schwerin i. M., 100 380; Jac. Meierhöffer-Mannheim, 111 358; Bernh. Rädel-Merane (Franz), 86 575; Osm. Leuchner-Regen, 158 160; Aug. Waal-Danewitz, 184 330; Gg. Gieseler-Hehrte (Franz), 83 081; Carl Richter-Barchim (Franz), 93 395.

Geldbewandlungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer, F. Köfer, Hamburg 1, Weidenburchhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 22. Juli bis 28. Juli 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Polen A. 4056,39; Bremen 1092,30; Wittweida 874,82; Göttingen 711,45; Rowawes 415,16; Alt-Nahstedt 394,26; Landshut 409; Freimutweide 421,29; Hohenstein-Ernstthal 395,55; Lissa 372,06; Döbeln 365,06; Reichensachsen 348,57; Woldegk 294,87; Hehrte 272,63; Wautzen 204,11; Hundsheid 154,16; Weidenhausen 125,65; Brandis 105,76; Sorst i. H. 100,90; Schöppenstedt 89,88; Calefeld 75,53; Wiesbaden 2411,39; Diermitz 61,84; Podewitz 51; Wittenhain 47,97; Zgoditz 45,96; Ritz 28,62; Witzow 23,96; Märzdorf 10,24; Grimma 11,11; Barby 3,76; Weismann 2,00; Stahlfurt 841,74; Burg b. Magdeb. 988,02; Schopfloch 662,17; Geln 379,13; Wölfsitz 409,07; Glaucha 357,13; Waren 278,54; Moorburg 283,89; Schneeburg 269,88; Glöbe 257,54; Elsterwerda 238,20; Ortrand 217,20; Emmendingen 167,10; Bernau 148,70; Rügen 144,72; Seyda 143,43; Nottmheim 122,48; Rühnburg 120,72; Saalfeld 121,22; Gräms 114,28; Tensfeldt 105,32; Bebenen 1,68; Schwiebitz 108,15; Zepfen 101,43; Großpöhl 90,97; Helfstedt 86,24; Milow 76,44; Driels 75,42; Quakenbrück 74,72; Groß-Bohningen 67,76; Zellin 61,04; Friedr.rodorf 48; Sternberg 44,28; Weßau 33,50; Wilkau 28,62; Nebra 20,59; Müllisch (Pinsaste) 5; Lieberose 2,74; Wegscheid — 84; Gamburg 3677,45; Straßburg i. E. 924,94; Torgau 526,94; Erlangen 396; Pirmseer 366,64; Waldenburg i. Schleifen 347,93; Bünde 300; Holzhausen 5; Pyramont 272; Bamme 244,69; Welle 206,05; Warburg 189,83; Gr. Ziegenort 184,88; Nöbda 172,24; Teltow 170,04; Muskau 167,40; Schierke 160,70; Gamburg 144; Rietern 119,63; Neuenhagen 98,66; Hünzbrück 82,52; Nienmündorf 59,81; Fehrbellin 58; Grenzborn 49,60; Blumensfeld 42,70; Darnitz 12,44; Burglauer 10,35; Drossen 8,80; Gollfeld 3946,05; Lobau 332,12; Weitz 325,53; Marienburg i. Weichr. 314,12; Göttha 270,95; Liebenitz 180; Landeshut i. Schleifen 178,28; Wölschum i. d. Pfalz 150,72; Weidorf 141,09; Döberan 137,82; Seimundorf 132,31; Lauf 100,90; Gschman 103,99; Fährtenwalde 99,18; Schwanberg 97,70; Ahns i. Pommeren 94,10; Schwabach 68,96; Niedergera 53,52; Sommerfeld 45,87; Giesfeld 41,62; Lautzenhain 2; Wiefenthal 1,26; Halle 4602,67; Freyhan 476,60; Gersdorf 365,24; Witten 283,15; Gr.-Möden 229,20; Unterbarnsdorf 185,58; Wolgast 147,01; Oradow 145,78; Wernsdorf 138,12; Scherrebek 108,24; Rühnburg 102,96; Weidenhain 81,44; Dorstum 63; Röhrenburg a. T. 59,28; Hefen 3,12; Königsberg i. Pr. 659,94; Görlitz 639,67; Schwarzen 299,90; Brenden 260,09; Treprow a. d. Rega 170,40; Burg a. Rega 99,14; Neudorf 89,20; Wood 64,08; Kreuzburg i. Ch.-Schl. 54,72; Neudorf 39,20; 13,92; Gilden 100; Waldenburg i. Schl. 600; Borna 300; Rattowitz 600; Billa 400; Schönebeck a. d. Elbe 200.

b) Für Futterale.

Polen A. 10; Wittweida 6; Göttingen 10; Rowawes 2,50; Alt-Nahstedt 5; Lissa 6; Calefeld 1,50; Burg b. M. 2; Wölfsitz 2; Tennstedt 2,90; Zellin 5; Erlangen 2,30; Holzhausen 2; Warburg 2; Teltow 1; Schierke 5; Neuenhagen 1; Hünzbrück 1; Lobau 2,60; Weitz 1,50; Lauf 2; Sommerfeld 1,20; Halle 5; Görlitz 10.

c) Protokolle vom neunten Verbandsstag in Geln.

Polen A. 31; Wittweida 6; Rowawes 24; Alt-Nahstedt 6; Landshut 19; Hohenstein-Ernstthal 5; Reichensachsen 2; Wautzen 6;

Dramsch 6; Calefeld 4; Wiesbaden 63; Wittenhain 3; Döbeln 6; Stahlfurt 15; Schopfloch 31; Geln 81; Glaucha 9; Waren 5,60; Schneeburg 7; Elsterwerda 5; Bebenen 7; Driels 2; Straßburg i. Schl. 43; Erlangen 6; Pirmseer 7; Waldenburg i. Schl. 41; Warburg 7; Nöbda 4; Teltow 15; Gamburg 5; Grenzborn 2; Wittenhain 2; Zellin 5; Weitz 3; Göttha 4; Weidenhain 4; Weidorf 5; Halle 24; Freyhan 13; Gersdorf 4; Witten 4; Memel 8; Königsberg i. Pr. 21; Götth 21; Göttingen, Freimutweide, Lissa, Woldegk, Hehrte, Weidenhausen, Sorst i. H., Schöppenstedt, Diermitz, Zgoditz, Märzdorf, Wautzen a. d. Elbe, Burg b. M., Wölfsitz, Glöbe, Bernau, Döbeln, Seeburg, Friedr.rodorf, Tennstedt, Götth, Witten, Quakenbrück, Zellin, Wiefenthal, Sternberg, Nebra, Lieberose, Torgau, Holzhausen, Burglauer, Muskau, Neuenhagen, Nienmündorf, Fehrbellin, Witten, Niedergera, Landeshut i. Schl., Seimundorf, Ahns i. Pom., Niedergera, Sommerfeld, Straßburg i. d. N., Gr.-Möden, Unterbarnsdorf, Wolgast, Oradow, Wernsdorf, Witten, Treprow a. d. Rega, Neudorf i. Schl. je M. 1.

d) Tarifverträge und Statist.

Lauf M. 5.

e) „Das Ende des Reiches“.

Wiesbaden, Schopfloch, Glaucha, Bremen (Gau), Lauf je M. 2,50.

f) Bericht der Bauarbeiter-Kommission.

Wittenhain 75 A; Lauf 70 A.

g) Für Kalender.

Glöbe M. 1,50; Schwarzen 2.

h) Für „Arbeit und Kultur“.

Borna und Wood je M. 1,50.

i) „Geschichte der englischen Arbeit“.

Bremen (Gau) M. 10.

Vom Verbandsvorstande bekräftigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Maxiprofotoll eingeleistet haben, und denen nicht bezüglich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Oskar Krause-Görlitz (Verb.-Nr. 380 132), Rud. Müllers-Danzig (311 944), G. Frese-Bremen (13 951), Joh. Wittrock-Jena (15 998), Julius Mühl-Hamburg (26 931), Herm. Ulrich-Bahn (51 522), G. Hoffmann-Gröms (106 308), Wg. Dörsch-Duisburg (139 095), Karl Kluge-Brandenburg (144 227), Herm. Fr. Seiler-Görlitz (167 408), Otto Ludorf-Sonderburg (171 739), H. Max Nolte-Weiden (193 089), Jacob Wader-Berlin (197 493), Joh. Maril-Meichenhall (217 621), Emil Schröder-Sagen (224 484), Peter Groß-München (240 859), Karl Pfänder-Serford (247 815), Mich. Baumheller-Hamburg (254 343), Joh. Fiedler-Dröben (254 581), Karl Groß-Berghem (286 990), Emil Postel-Halle (307 826), G. Wolke-Zellin (336 421), Herm. Wulst-Denhausen (349 032), Frig. Komme-Minden (355 962), W. Gante-Denhausen (355 993), Wilh. Heuer-Nach (361 859), Joh. Kalschla-Gießen (363 229), Stan. Wolny-Polen (364 556), Geinr. Schulz-Göbing (395 633), Joh. Rehmer-Passau (404 360), Gsell Göttingen-Dagen (420 554), Franz Schüttler-Oberhausen (435 131), Gredoi Gieseppe-St. Johann (458 301), Werner Gieseppe-St. Johann (458 302).

Angeschlossene sind auf Grund § 37 b des Statuts vom

Zweigvereine Sagen i. B.: Hermann Müller (Verb.-Nr. 139 737), Heinrich Schäfer (368 915), Heinrich Wonne (420 818), Franz Nieme (186 830), August Ernst (368 744), A. M. b. a. d. Adam Knarr (332 172), Johann Jünf (478 649), Johann Leichter (193 168), Hermann Leichter (168 460), Johann Langgraf (82 157), Johann Kramming (126 485), Adam Müller (193 182), Johann Vogel (193 196), Peter Sommer (475 605), Christian Eber (193 165), Giedarius Hübler (82 144), Adam Dorn (193 117), Heinrich Wegelmann (473 606), Christian Wirtel (193 171), Peter Kettler (193 178), Johann Hehrte (193 142), Andreas Wegelmann (193 162), Frig. Herold (193 150), Johann Dreier (275 482), Johann Eber (82 127), Gieselhof Weitz (82 138), Andreas Weidert (473 613), Johann Hehrte II (473 615), Andreas Hübler (473 638), Hoff Semmelrot (82 140), Georg Wiele (193 131), Andreas Nola (193 160), Johann Taubenreuther (193 129), Andreas Wehrlich (193 137), Peter Schubert (193 169), Thomas Semmelrot (193 149), Wolfgang Diegel (473 614), Arthur: Karl Schmidt (156 276), Ludw. Thieme (156 297), Friedr. Haas (156 298), Karl Gerlach (367 355), Friedr. Köpfer (357 358), Friedr. Gebhardt (357 396), Gottfr. Zinke (357 372), August Gille (357 398), Karl Sommer (357 400), August Schäfer (468 359), Herm. Schwarz (468 360), Heinrich Fräde (357 390), Karl Augustin (156 270), Frig. Weitz (156 287), Emil Weitz (357 364), Herm. Tebel (357 367), Wilh. Wittig (357 369), Herm. Wicht (357 387), Albert Wist (156 259), Robert Maul (156 265), Karl Stolze (156 288), Karl Maul (156 292), Otto Stolze (156 293), Herm. Thieme (156 294), Friedr. Vierenheid (468 364), Gustaf Bratthorn (468 365), Albert Wächter (156 281), Karl Baumann (156 257), Albert Eiser (468 351), Paul Fischer (468 356), Richard Schwieger (468 358), Ernst Weitz (156 248), Karl Müller (156 299), Karl Kolbe (357 352), Otto Kolbe (357 353), Emil Bögel (357 354), Louis Wicht (357 356), Paul Stadnar (357 381), Louis Kolbe (357 388), S. A. i. r. g. n.: Seemann Kömpel (448 377), Moys Röhlin (448 355), Emil Snu (448 307), Mari-Weiler (448 391), Carl Grammer (448 352), Joseph Farrer (448 356), A. Fischer i. W. Wilh. Dörning (308 163).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Abhanden gekommen ist dem Kollegen Theodor Busch, geb. am 7. November 1886 in Lins (Verb.-Nr. 167 927), sein Verbandsbuch auf der Fahrt von Osnabrück nach Meine. Wir erlauben die Kollegen, das Buch anzuhalten und der Verwaltung in Münster i. W. einzuliefern.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen bei seinem Logiswirt in Gr.-Lissa nachzukommen, wird der Maurer Louis Watter aus Saarbrücken; ebenfalls aufgefordert, seine Logischulden in Dortmund zu begleichen, wird der Maurer

S. Mäher (Geb.-Nr. 198698) geboren den 23. Septbr. 1885 zu Mollsdorf. Kollegen, denen der Mäherfall der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen über uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Arge Sitten

Scheinen einige reisende Verbandsmitglieder an sich zu haben. Seit längerer Zeit häufen sich die Klagen der Zweigvereinsvorstände darüber, daß fremde, d. h. zugewandte Kollegen ihre Logisworte um das Kostgeld betrügen. Gewöhnlich lassen sie sich einige Wochen kreditieren, um dann plötzlich bei Nacht und Nebel heimlich auszureisen, ohne vorher ihre Schulden zu bezahlen. In den Klagenbriefen der Zweigvereinsvorstände steht sehr oft die Bemerkung wieder: „Durch das Verhalten dieser Kollegen wird die Organisation sehr herabgewürdigt und leidet dadurch großen Schaden.“ Das ist ganz natürlich. Die Logisworte erfahren meistens bald, daß ihren Kostgängern der „Grundstein“ zugesellt wird, und wissen dann, daß diese Organisationen sind. Weichen sie dann bei diesen Menschen, die sich ihnen gegenüber vielfach mit Stolz als organisierte Arbeiter bezeichnen haben, um das Kostgeld betrügen, so fällt, wenn auch ganz ungeschmerzlich, auch ein Schatten auf die Organisation, der tief wehe anrichtet. Das dadurch das Ansehen nicht nur unserer Organisation, sondern der ganzen Maurerkunst und der ganzen Arbeiterbewegung sehr geschädigt wird, liegt klar auf der Hand. Das hat auch sehr materielle Folgen. Einmal wird es dadurch vielen ehrlichen Kollegen sehr erschwert, ein Logis zu finden, zum anderen werden die Logisworte dazu verleitet, weniger Sorgfalt auf die Verpackung usw. zu verwenden. Sie werden eben Einnahmer mit Mißtrauen betrachtet, was dem ehrlichen Menschen, der Gefühl dafür hat, stets sehr peinlich sein wird.

Im übrigen ist es aber auch durchaus unmoralisch, sich keinen Verpflichtungen zu entziehen. Der Logisgeber hat einen rechtlich und moralisch begründeten Anspruch auf Vergütung der gewährten Unterkunft und Verpflegung. Da sind es selbst arme Leute, die die Kostgänger aufnehmen, um dadurch einen kleinen Verdienst zu erzielen, den sie vielleicht zum Unterhalt ihrer harten Familie groß nötig haben. Es gehört wahrlich schon eine lächerliche Prostitution und Hebel dazu, diese Leute zu betrügen. Um meinen Schein das Hebel im heimlich-heimlichen Industriegebiet verbreitet zu sein, weshalb es kommen die meisten Klagen von den Zweigvereinen Dortmund, Bochum, Senn, Gelsenkirchen usw. Selbstverständlich sind die Zweigvereinsvorstände selbst, die betrügerischen „Kollegen“ zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, und zwar möglichst, ohne daß sie dem Eigentümer zum Dorn im Fleische werden, als wenn dies nicht den gewöhnlichen Erfolg hätte. Wir haben darum öffentlich auf diese Leute in jeder Weise hingewiesen und hoffen, daß sich nun die Fälle von Logiswindeln vermindern werden.

Gau Cassel. (Der Extrabeitrag.) Auf Veranlassung des Gauverbandes haben in letzter Zeit in einigen größeren Orten des Gau's Versammlungen stattgefunden, die sich mit der Erhebung des Extrabeitrags befassen. Für die Zweigvereine Frieda, Niederhohne, Oberhohne, Reichensachsen und Weidenhausen tagte die Versammlung am Sonntag, den 21. Juli, in Eschwege. Der Versammlung in Cassel, die am 23. Juli stattfand, ging eine Konferenz der Vertrauensleute familiärer Zählstellen und der Mitglieder des Gau- und Zweigvereinsvorstandes voraus. In Eschwege tagte die Versammlung am 25. und in Korbfeld am 26. Juli. Der Versammlungsbesuch war überall sehr gut. Dem Zweck der Versammlungen entsprechend, lautete das Thema überall: „Unsere Wohnverhältnisse.“ Wenn auch die Art der Erhebung nicht allen gefiel — einzelne wünschten eine Einheitsmarke, andere würden wollten die Gesamtsumme auf mehrere Wochen verteilt wissen — so herrschte doch über die Notwendigkeit der Erhebung und die Höhe nur eine Meinung. In keiner der stattgefundenen Versammlungen ist auch nur der leiseste Widerspruch gegen den Extrabeitrag erhoben worden, allgemein war man sich der Bedeutung dieser Maßnahmen für unseren Verband bewußt und überall wurde die Anwendung des § 19 des Statuts begrüßt. Hoffen wir, daß der Extrabeitrag ebenso pünktlich bezahlt wird, wie in den Versammlungen diese Frage einstimmig behandelt wurde.

Eine kleine Abwiesung. Von St. Jünger wird berichtet: „Hier hatten die Maurer nach schwermütigem Kampf einen Tarif erschritten, der wesentliche Verbesserungen brachte. Die Leitung der Bewegung lag in den Händen der Freizugarten, da die paar- im Orte vorhandenen Christlichen nicht ernstlich in Frage kamen. Nach Beendigung des Kampfes suchten aber die Christlichen Brüder in erster Linie für sich, den Lohn abzuschnappen und verlangten deshalb auf einem Bau, daß der Unternehmer zwei freizugartenisierte Berliner Maurer, die wegen der Ausprägung die Meißel hauptsächlich abt verlassen hatten, entlassen solle, sonst wollten sie die Arbeit niederlegen. Der Bauunternehmer drehte aber den Spiegel um, und da sich auch die anderen Unternehmer am Ort auf seine Seite stellten, mußten die Brüder in Christo wie die betäubten Lohgerber abgehen und den Ort verlassen.“

Es ist wohl nicht nötig, daß wir noch längere kritische Bemerkungen hieran knüpfen; die einfache Registrierung des Falles dürfte genügen, um auf gewisse Stellen beruhigend zu wirken.

Annaberg. In der am 20. Juli abgehaltenen Versammlung, die bis auf den letzten Platz besetzt war, entspann sich eine rege Debatte über das Antiporschreiben der Unternehmer. Kollege Werthold aus Leipzig zeigte den Kollegen die Richtigkeit und Schattenseiten eines Streiks, und hielt es für notwendig, daß in Annaberg etwas getan werde. Sämtliche Kollegen waren von einem großen Feuerer durchdrungen. Nach langem Verhandeln wurde schließlich eine von Werthold verfaßte Resolution angenommen. Die Versammlung hält an ihren Forderungen fest und überläßt die Zeitbestimmung ihrer Durchführung der Lohnkommission. Aus dem Quartalsbericht war zu ersehen, daß die Kollegen brav gearbeitet hatten. 70 neue Aufnahmen haben stattgefunden. Nach Genehmigung der Abrechnung wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Wegen der vorgehenden Zeit mußten mehrere Punkte für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Mit einem kräftigen Schlußwort, in dem die Kollegen aufgefordert wurden, treu zur Kasse zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Wittenfeld. Am 24. Juli tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Die gegenwärtigen Kämpfe im Baugewerbe und der Extrabeitrag.“ Kollege Koch aus Leipzig referierte. Er führte aus, daß die Kämpfe im Baugewerbe immer schärfer Gegenstände aufweisen, da die Unternehmer über eine weit verbreitete Organisation und auch über die nötigen Aufschubmittel verfügen. Sie sind bestrebt, der Maurerorganisation einen verheerenden Rückschlag zu versetzen und sie widerstandsunfähig zu machen. Da in diesem Jahre viele größere Kämpfe geführt wurden, die die Kasse sehr in Anspruch nahmen, so sei es Pflicht eines jeden Kollegen, den Extrabeitrag zu leisten. Wir haben es in diesem Jahre gezeigt, daß es uns Kraft unserer Organisation gelungen ist, unsere Lage zu verbessern. Die Kollegen wissen, daß wir im nächsten Jahre 2 1/2 Lohnaufschlag erhalten. Wollen die Kollegen nun das Ertrugene festhalten, so ist es Pflicht eines jeden, den Extrabeitrag zu leisten. Diejenigen, die den Extrabeitrag nicht bezahlen, und damit zugleich aus der Organisation auscheiden, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn im nächsten Jahre statt eines Lohnaufschlages ein Lohnabzug eintritt. In „Verdichtenes“ sprach Kollege Franke über die Gründung einer allgemeinen Ortskrankenkasse. Er führte aus, daß vor jetzt vier Wochen eine Volksversammlung getagt habe, in der Referent Walterbacher aus Leipzig über den Zweck und Nutzen dieser Kasse sprach. In dieser Versammlung wurde eine Kommission gewählt, welche die Sache zur weiteren Ausarbeitung in die Hand nahm. Darauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Versammlung nimmt Kenntnis von der geplanten Gründung einer Ortskrankenkasse für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Versammlung verpflichtet die Anwesenden, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß diese Kasse zu Stande kommt.“ Hierauf folgte Schluß der leidlich besuchten Versammlung.

Bohüm-Sattlingen. Den Kollegen von Sattlingen und Imgegend zur Kenntnis, daß uns die Birten des „Germania-Gau“, Wwe. Siegt, ihr Lokal zur Abhaltung von Versammlungen entzogen hat. Welche unsichtbare Gewalten hierbei mitgewirkt haben, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis, da die freien Gewerkschaften lange Jahre dort getagt haben. An den Kollegen wird es jetzt sein, dem Entschluß der Wwe. Siegt dahin zu begegnen, daß sie auf den Besuch obigen Lokals verzichten; denn wir wollen uns nicht aufdrängen. Pflicht der Kollegen muß es von jetzt an sein, ihre ganze Kraft und Zeit in den Dienst der Organisation zu stellen; helfe ein jeder mit, werde jeder ein Agitator, dann werden alle Schikanen an der Einmütigkeit und Solidarität der Kollegen zerfallen.

Bremerhaven. Ein schweres Geschick steht unserem Zweigverein bevor. Der Wirt Gersemeyer vom „Colosseum“, dem Versammlungsorte, erhielt folgendes Schreiben:

Wir sind mehrere Arbeiter zusammen und eruchen höchst den Herrn Restaurant Gerse-Meyer sein Lokal nicht an die verdammten Maurer mehr abzugeben zu Versammlungen sonst passiert nichts gutes denn wollen wir so machen wie es in Ruhland zugeht in Ruhland werden die Herrschaften des Kapitals ermordet hier in Deutschland wollen wir vorgehen gegen die verfluchte sozialistische Maurer denn die verdammte Maurer sind die grauhaftesten Verbrecher was nur irgend im ganzen deutschen Reich gibt kein Gewerkschaft ist so verdummt wie die verdammte Maurerkor. Also eruchen wir mit dringender Bitte den Herrn Gerse Meyer nicht mehr sein Lokal an die verdammte Maurer abzugeben so wie es noch ein mal passiert, daß die verdammte Maurer ihr Lokal benutzen, so frengen wir das Haus in die Luft und begraben so paar Schod Maurer denn der Spreng Material ist schon alles bereit das geschieht vom Dach aus durch die Schornsteine mittels Jümdschur entzündend vom Dach aus durch die Schornsteine geschieht die Explosion und gerade dann wird es abgepaßt werden, wie die verdammten Hunde im Versammlungsorte unten sitzen dann muß der Dred zusammenstürzen und so paar Hundert tot Hunde begraben daß sie mal fort sind denn wir sind Bauhilfsarbeiter gewesen wir konnten es aber nicht durchhalten zu arbeiten da gehen solche rosig Jungens solche rosig Bengels-zwischen die Maurer die haben sich nicht Lust zu rühren haben nicht mal Lust das Sch... gehen man möchte sie noch... abhalten aber den armen Arbeitermann wissen die verdammten Hunde zu Jüweln und zu tödlen und muß sich ihnen bewegen als ob man in einer Pressmaschine ist so quälen uns die verdammte Hunde aber was macht das alles das sind die Verbändler was soll ein rosiges Junge nicht mal weiß, was ein Verband zu bedeuten hat also wir wollen die verdammte Maurerkunde schon kriegen wir wollen schon ein paar Hundert nach den Seiten kriegen wir werden die sozialdemokratischen Hunde schon kriegen wir werden hier schon machen wie es in Ruhland gegen die Kapitalherrschaft gemacht wird denn das Material ist dazu schon alles bereit gemacht denn keine einzige Gewerkschaft ist so verdummt verdummt wie solche Maurerkor solche verdammte Nüderbande also bitte Herr Gerse Meyer nochmals geben sie ihr Lokal nicht an die verdammte Maurer her denn wir

treiben in diesem Schreiben keinen Spaß wir machen es auch ernst also Vorcht.

Das wird eine schöne Befreiung werden. Um der Kollegenchaft über das Unheil ausführlich berichten zu können, hat die Zweigvereinsleitung die Redaktion des „Grundstein“ gebeten, einen Experten zur nächsten Versammlung zu schicken. Es wird nun Kollege Winnig kommen, der der In-Be-Luft-Sprengung bedürftig wird. Er wird den Versuch machen, die Nachengel zu bewegen, die Exekution um zehn Wochen zu verschieben, damit erst der Extrabeitrag voll gezahlt ist. Öffentlich haben seine Bemühungen Erfolg.

Breslau. Dienstag, den 16. Juli, tagte hier eine Mitgliederversammlung, zu der Kollege Bömelburg als Referent erschienen war. Kollege Wibera fragte zunächst an, ob die in der letzten Versammlung beschlossene Sympathieaufhebung an die Berliner Kollegen abgehandelt worden sei, was vom Kollegen Moller verneint wurde, da die Breslauer Kollege sich gegen den Extrabeitrag sträubten und dies der beste Beweis sei, wie weit die Kollegen noch zurück seien. „Die Versammlung beschloß trotzdem, die verkaumte Aufhebung nachzuholen. Hierauf referierte Kollege Bömelburg über den Zweck der Organisation und die für dieses Jahr beschlossene Extrabeitrag. Bömelburg führte den Kollegen die Ausperrungsgefahr der Unternehmern und die damit verbundene Taktik in trefflicher Weise vor Augen. Wir dürften am Ende des Jahres nicht mit unserem Kassenscheine zurückbleiben, sondern müßten mehr zu bezeichnen haben. Dies habe den Verbandsvorstand veranlaßt, die Extrabeitrag zu beschließen. In der Diskussion war es nur Kollege Starb, dem die Extrabeitrag nicht paßten. Unter lebhaftem Beifall trat ihm Kollege Bömelburg entgegen. Hierauf wurde unter dem üblichen Schluß auf den Zentralverband die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Cöln. Sonntag, den 21. Juli, hielt der hiesige Zweigverein seine Quartalsversammlung ab. Dem Vorstandsbereich, der vom Kollegen Kreibohm gegeben wurde, ist zu entnehmen, daß auch im zweiten Quartal die Arbeiten innerhalb des Zweigvereinsgebietes vielseitiger Natur waren. Bezüglich der Agitation ist den Wünschen der Kollegen entsprochen worden, so daß zum Klagen kein Anlaß vorlag. Wenn hier und da, speziell in den ländlichen Bezirken, noch Klagen auszuheben sind, so muß dieses Aufgabe der Zukunft sein. Nur durch die Mühe aller Kollegen wird es uns möglich sein, auch über die schwierigsten Anforderungen, wie sie an die Arbeiterbewegung gestellt werden, hinwegzukommen. Im verflochtenen Quartal wurde in Schlußbild bei Plänen der Kölner Arbeitsvertrag durchgeführt; in anderen Orten des Landkreises sind Forderungen unserer Kollegen eingereicht worden. Es wird von der Zukunft abhängen, in welcher Weise sie erledigt werden. Hoffentlich wird es uns auch dort möglich sein, die berechtigten Wünsche unserer Kollegen durchzuführen. Wegen Streitigkeiten durch das Vertragsverhältnis mußte die Organisationsleitung innerhalb des Quartals einmal vorzeitig werden, wodurch es ihr gelang, die entstandenen Differenzen im Sinne des Vertrages zu regeln. In einem Falle mußte zur Speer gegriffen werden, die aber nach einer Dauer von zwei Stunden zu Gunsten der Kollegen beendet werden konnte. Versammlungen haben im ganzen 74 stattgefunden. Davon waren 22 öffentlich, 50 Mitglieder- und 2 Generalversammlungen. Sitzungen wurden nach Befreiung des Zweigvereinsvorstandes abgehalten. Es muß an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen werden, daß in Zukunft die Fragebogen von den Zählstellen und Sektionsvorständen gewissenhaft ausgefüllt und pünktlich an den Zweigvereinsvorstand abgelehrt werden. D. G.) Der Berichterstatter wies jedoch noch auf die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in der Nr. 28 des „Grundstein“ bezüglich des Extrabeitrages hin und bemerkte, daß die Leitung der Organisation zu einer derartigen Maßnahme schreiten mußte, wenn sie die Wünsche der Kollegen, d. h. die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, auch in den fünfzig Jahren als vornehmste Aufgabe betrachten soll. Auch sei die Frage an sich nicht mehr neu, denn bereits im vergangenen Jahre und gelegentlich des 2. Verbandstages habe man auf dieser Frage in den einzelnen Zählstellen und Sektionsversammlungen Stellung genommen. Pflicht der Kollegen sei es nun, dafür zu sorgen, daß den Anforderungen Rechnung getragen wird. Es kann die Einholung der Extrabeitrag nicht nur allein Aufgabe der Zählstellen sein, sondern hier müssen auch wieder alle Kollegen mitarbeiten. Es wird dies hauptsächlich auch Aufgabe der einzelnen Zählstellen und Sektionsvorstände und sonstiger befähigter Kollegen sein, im gegebenen Moment tatkräftig mit einzusetzen. Auch müssen die Baudelegierten ihr mögliches mit dazu beitragen. Das kann in der Weise geschehen, daß von nun ab jede Woche, statt früher alle 14 Tage oder 4 Wochen, die Bücher kontrolliert werden. Werden die Kollegen dieser Frage die nötige Beachtung schenken, so kommen wir auch über diese Klippe hinweg, und wir werden den Maschinen der Unternehmern im Baugewerbe mit Ruhe entgegengehen können. Den Kassenericht gab der Kollege Böhm. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M 14847,10. Die Kassa hatte eine Einnahme von M 10563,16, eine Ausgabe von M 6251,63 und einen Kassensbestand von M 4811,33, davon M 4810,63 per Bank belegt sind. In der nachfolgenden Diskussion wurde der Antrag gestellt, in Zukunft den Kassenericht an jedem Quartalschluß jedem Mitgliede eine Woche vorher gedruckt anzustellen. Der Antrag wurde abgelehnt. Bezüglich des Extrabeitrages wurde von „verchiedener Redner betont, daß es unbedingt notwendig sei, wolle die Organisation allen Anforderungen in den nächsten Jahren gewachsen sein, frühzeitig für die nötigen Mittel zu sorgen. Dieses habe auch erfreulicherweise die Leitung des Verbandes eingesehen. Auf Antrag der Redatoren wurde jedoch dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Umänderung des Zweigvereinsregulatives wurde wegen der vorgezogenen Zeit auf die nächste Generalversammlung vertagt. Es wurde jedoch die Wahl von drei Parteidelegierten vorgenommen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Wir möchten die sämtlichen Kollegen vom Zweigverein von dieser Stelle aus noch einmal daran erinnern, in Zukunft pünktlicher in der Versammlung zu erscheinen, damit zur festgesetzten Zeit angefangen werden kann. Ferner ist es

Pflicht der in der Versammlung erschienenen Kollegen, daß sie wenigstens bis zum Schluß dort bleiben; darin kann es nicht vorkommen, wie in der letzten Versammlung, daß nur noch eine beträchtlich geringe Zahl bei Vornahme von Wahlen anwesend ist.

Cöfel i. D. Schl. Bis vor nicht langer Zeit galten die hiesigen Maurer als die bedürftlichsten und daher auch ausbeutungsfähigsten Menschen, die in ihrer wahren Kammergenossenschaft ruhig über sich ergehen ließen, ohne sich dagegen zu wehren. Erst hat sich die Situation etwas geändert. Ein Teil der Cöfel-Maurer hat sich organisiert und fängt an, von den Vertretern des Kapitalismus, von den Unternehmern die Anerkennung der ihnen so lange vorenthaltenen Menschenrechte zu fordern. Das ging nun natürlich nicht nur den Unternehmern, sondern auch der hiesigen Polizei sehr wider, den Streik und sofort ergriff sie auf dem Plan und versuchte mit allen brutalen Mitteln die vorwärts strebende Arbeiterkraft niederzuhalten, wobei es auch zu heftigen Zusammenstößen kam. Wie sich dabei einige Vorkommnisse herabgerollt haben, verdient angeführt zu werden. Als die Arie der Cöfel-Maurer immer lauter wurden nach einer Lohnbewegung, wurde Schreiber dieser Zeilen von unserem Gauvorstand mit der Aufnahme einer Statistik betraut, um die für eine Lohnbewegung notwendige Unterlage zu bekommen. Welcher Gutmütigkeit er sich aber in Cöfel zu erwehren hatte, ließ er nicht angeht. Als er am 23. April während der Mittagspause auf einen Bau kam, der von der Firma Müller und noch aufgeführt wird, um die statistischen Aufnahmen zu machen, bekamen die Cöfel-Unternehmer davon Wind und sofort mußten, wie dieses bei einer späteren Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, alle Sprengapparate in Funktion treten, um nach dem großen Verdruß zu fahnen und ihn geistig zu nehmen. Das Glück war auch den Cöfel-Unternehmern halb; denn es dauerte nicht lange, als der Schreiber dieses keine Arbeit fertig gemacht hatte und auf dem Wege zum Cöfel-Mine-zugriff, bemerkte er hinter sich eilige Schritte, die von den aus allen Ecken und Enden der Stadt herbeigelaufenen Unternehmern herrührten, die den Schreiber dieses mit beschleunigten Schritten verfolgten. Als er sich dieses energisch verbat und die Absicht kundgab, wieder weiterzugehen, wurde er von einem halben Dutzend dieser Herren angegriffen und festgehalten. Einer lief auf die Polizei, wo er nur einen Schußmann angelockert hatte, den er mitbrachte, um den Verbrecher verhaften zu lassen. Dieser Herr Schußmann zeigte sich den Unternehmern aus sehr gefällig. Alles Professieren gegen die Verwegenheit half nichts, der Verhaftete wurde auf die Polizei geführt und dabei von einer großen Menschenmenge begleitet. Dort wurden ihm die Fragebogen abgenommen und seine Personalien festgestellt; nach einem peinlichen Verhör wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Damit aber war die Verhaftung noch nicht beendet. Als Sonnabend, den 20. Juli, der Berichterstatter nochmals in Cöfel Migration betrieb, mußte er sich von einem Schußmann wieder Verurteilungen gefallen lassen, als: „Na, da ist er ja wieder, wenn er nicht mit der Migration aufhört, kann er einmal auf der Cöfel-Polizeiwache übernachten“. Ähnliche Fälle könnten noch eine ganze Reihe angeführt werden, diese Wäntelstele dürfte aber genügen, um die Situation in Cöfel zu kennzeichnen. Mögen diese Herren nur so weiter wirtschaften, unsere Organisation wird dabei vorzüglich bestehen.

Dauzig. Die am Donnerstag, den 25. Juli, abgehaltene, von 500 bis 600 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins beschäftigte sich mit dem vom Verbandsvorstande ausgearbeiteten Extrabeitrag. Zur Einleitung der Diskussion verlas Herr Grünhagen die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 28 des „Grundstein“, dabei betonend, daß den Kollegen, die sich um die Zahlung dieses Extrabeitrages brüden wollen, alle Anrechte an den Verband verloren gehen. Die Kollegen, die ihre Mitgliedschaft bezweigen „aufgeben“, würden nur dann wieder aufgenommen werden, wenn sie den ganzen Extrabeitrag nachzahlen. Er wies dann des Weiteren auf die Streiks und Ausperrungen in Berlin, Halle, Erfurt und Chemnitz hin, die unzweifelhaft eine bestimmte Anzahl der Unternehmerorganisation erkennen lassen. Die Unternehmer scheinen den Versuch zu machen zu wollen, die Kampfkraftigkeit der Maurerorganisation durch eine Schwächung der Rahmenverhältnisse zu inhibieren. Es sei die Aufgabe aller deutschen Maurer, dafür zu sorgen, daß ein Vermögensrückgang nicht eintrete. Die Unternehmer möchten erkennen lernen, daß ein Vorgehen nach dieser Richtung gänzlich verfehlt sei. Die darauf folgende Diskussion ergab die einstimmige Zustimmung zu der Wahnahme des Verbandsvorstandes. Kollege Braun erklärte: „Obwohl es ihm schwer fällt, infolge seiner großen Familie den Extrabeitrag zu bezahlen, so mußte er aber doch alle Kollegen dringend ermahnen, dafür einzutreten, daß der Beitrag von jedem Kollegen bezahlt und den Unternehmern bewiesen werde, daß die deutschen Maurer zu ihrer Organisation stehen, daß sie eben auch noch zu größeren Opfern bereit sind. Eine unbillige Ausnahme machte nur der Kollege Dülks, der wohl für den Extrabeitrag eintrat, es aber doch für notwendig fand, darauf hinzuweisen, daß im vergangenen Jahre M. 24 000 für Gehälter gezahlt worden sind (natürlich bezog er anzugeben, wieviel Personen des gesamten Vorstandes sich hierin teilen), daß der Delegierte für Danzig auf dem Verbandsstage nicht gegen den Strom geschwommen sei und was dann noch bezarig schöne Sachen mehr sind, die gleichgültigen Seelen immer auf Lager haben. Im Schlußwort ging Kollege Grünhagen dann noch kurz auf einige Einwendungen, die sich richtend, ein und erklärte zu den Ausführungen Dülks, daß er es unter seiner Würde halte, darauf zu reagieren“. Die allgemeine Zustimmung der Kollegen bewies, daß Dülks mit seinen, von einer bestimmten Anzahl geleiteten Ausführungen daneben gehalten hatte. Als dann Kollege Grünhagen zum Schluß noch einmal aufforderte, dafür einzutreten, daß der Beitrag von allen Kollegen bezahlt werde, künnten die Kollegen dem allgemein zu, abgesehen von einigen, die nie etwas zahlen wollten. In „Verständenes“ wurden darauf noch einige andere Sachen besprochen und erledigt, darunter folgende: Nach dem Tarif für unseren Kollegen am Tage vor Pfingsten das Recht zu, zwei Stunden früher Feierabend machen zu können. Um dieses zu umgehen, ließen einige Unternehmer schon am Tage vor Pfingsten Morgens oder Mittags Feierabend machen. In der Schlichtungskommission, der diese Sache zunächst unterbreitet wurde, stellten sich die Unternehmer auch auf den Standpunkt, daß die in Frage kommenden Unternehmer zur Einstellung der Arbeit am Morgen oder am Mittag berechtigt gewesen seien,

Das Schiedsgericht der Bauinnung, dem die Sache nun von der Organisationsleitung unterbreitet wurde, stellte sich aber auf den entgegengelegten Standpunkt und beurteilte die Unternehmung zur Zahlung der vollen verfallenen Arbeitslöhne. Daraus erfolgte mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands Schluß der gut und würdevoll verlaufenen Versammlung.

Duisburg. Am 21. Juli fand im „Gambirius“ unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Kämpfe im Baugewerbe und der Extrabeitrag; 2. Abrechnung vom zweiten Quartal; 3. Ergänzungssatz des Vorstandes; 4. Anträge; 5. Berichtendes. Über den ersten Punkt referierte Kollege Hunold-Gelienich. Neben hob in seinen Ausführungen hervor, daß es sich nicht darum handelt, Gelder für die jetzigen Kämpfe zu sammeln, sondern darum, unsere Klassen bedeuend aktionsfähiger zu gestalten. Der „Arbeitgeberbund“ ist besetzt, dem Vorkämpfer unserer Kollegen nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit ein für allemal ein Halt zu bieten, ja er wartet nur auf den geeigneten Augenblick, der verhassten Maurerorganisation einen empfindlichen Schlag beizubringen und sie widerstandsunfähig zu machen. Bei dieser Gewißheit darf unsere Organisation nicht tatenlos zusehen, sie muß den Plan der Unternehmer zu vereiteln suchen, und das kann sie, wenn die Solidarität der Kollegen im Winde mit der Opferfreudigkeit die Finanzkraft des Verbandes hebt. Fast sämtliche Diskussionsredner sprachen ihre Zustimmung zu den Extrabeiträgen aus, und einige wünschten, daß die Frist auf einige Wochen verlängert würde. Es ist ein erfreuliches Zeichen von Liebe und Verständnis für die Organisation, wenn in einer bewegten Zeit, wo das Unternehmertum im Winde mit der Regierung der vorwärtsstrebenden Arbeiterkraft die Lebensader unterbinden will, die organisierten Maurer bereit sind, die Kämpfe zu schärfen, um im geeigneten Moment den Kampf aufzunehmen. Besonders möchten wir dies den sämtlichen Versammlungsbesuchern mit auf den Weg geben. Um Abrechnung machten wir auf § 27 des Statuts aufmerksam. Die Abrechnung gab der Kollege Woyhschlag bekannt. Die Kasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von M. 3329,80, die Kassa hatte eine Einnahme inkl. Bestand von M. 1995,88 und eine Ausgabe von M. 857,45. Es bleibt ein Kassensaldo von M. 1138,43. An Beitragsrücklagen wurden 6230 veranlagt, das sind 1088 mehr als in demselben Quartal 1906. 18 Mitglieder wurden neu aufgenommen, 79 übergetreten sind 18. Aus dem Vorstandsbereich ging hervor, daß 7 Mitglieder, 2 außerordentliche Versammlungen, 13 Verhandlungen in den Zählstellen und 9 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Nun, Kollegen, wir sehen, daß wir wiederum ein gut Stück vorwärts gekommen sind. Möge dieses ein Ansporn sein für ein jedes Mitglied, neue Kämpfe zu gewinnen. Immer vorwärts! niemals rückwärts! sei unsere Parole.

Gießen. Am 20. Juli fand im Lokale „Zum Gambirius“ die Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins statt, die sehr stark besucht war. Nach einem Referat des Gauvorstehenden Kollegen Süttmann aus Frankfurt a. M. über die Ausperrung im Berliner Baugewerbe und den Extrabeitrag für 1907 erklärten sich sämtliche anwesenden Kollegen mit der Ausfertigung des Extrabeitrages einverstanden. Sodann wurden die Kollegen auf die an sie ausgegebenen Fragebogen zur Feststellung einer Statistik aufmerksam gemacht und ersucht, diese sorgfältig auszufüllen und zeitig an die Verwaltung abzugeben, damit wir bald eine genaue Feststellung bekommen können. Weiter beschloß die Versammlung, den Kollegen Zöllner von Dornholzhausen aus dem Verbandsausgusschreiben. Zöllner arbeitete bei der Firma Riesenhof an der Renalstation täglich elf und zwölf Stunden; im Arbeitsvertrag wird die Arbeitszeit auf zehn Stunden festgesetzt. Der Vorstand machte Zöllner öfter darauf aufmerksam und erklärte sich auch bereit, damit Zöllner nicht gequält werden sollte, für eine Lohnforderung einzutreten. Das wollte Zöllner aber nicht, sondern arbeitete lieber elf und zwölf Stunden. Nun blieb dem Vorstande weiter nichts übrig, als diese Angelegenheit der Versammlung zu unterbreiten. Diese sah dann einstimmig den angegebenen Beschluß. Daraus, daß die Versammlung recht gehandelt hat, sei folgendes angeführt: Kollege Zöllner nahm den Posten eines Vertrauensmannes der Zählstelle Dornholzhausen ein; weiter wurde ihm das Vertrauen geschenkt, als Mitglied in der Schlichtungskommission tätig zu sein. Diese Vertrauensämter hat Zöllner mitbrachten; deshalb war die Handlung der Versammlung gerecht; denn wer solche Ämter annimmt, der muß den übrigen Kollegen mit einem guten Beispiel vorangehen. Das ist der erste Ausschluß seit dem Bestehen der Organisation, seit dem Jahre 1898. Möge er abschreckend wirken.

Hannover. Am 26. Juli tagte unsere regelmäßige Vierteljahrs-Generalversammlung. Zunächst verlas der Kassierer Müller folgende Abrechnung: A. Für die Hauptkassa. Einnahme. Für 214 Eintrittsmarken à 50 M. = M. 107, für 14 Eintrittsmarken à 150 M. = M. 21, für 888 Arbeitsloosenmarken à 25 M. = M. 222, an Beitragsmarken gingen ein für 329 à 30 M. = M. 98,70, für 1550 à 35 M. = M. 542,50, für 3845 à 40 M. = M. 1538, für 1403 à 45 M. = M. 631,35, für 2077 à 50 M. = M. 1038,50, für 19854 à 55 M. = M. 10919,70, für 8738 à 60 M. = M. 5242,80, für 3 Erlaßbücher 75 M. Summa der Einnahme M. 20 162,30. Ausgabe. An die Hauptkassa abgeliefert M. 10617,64, für Streiks M. 1446,40, für Restunterstützung an Streikende in 152 Fällen M. 228, für Reichstags M. 9,40, für Wabregung M. 18, für Kranterunterstützung für 3174 Tage M. 2265,50, für Sterberunterstützung in 6 Fällen M. 342. Anteil des Zweigvereins an den Eintrittsgeldern und Beiträgen M. 5234,86. Summa der Ausgabe M. 20 162,30. B. Für die Kassa. Einnahme. Kassensaldo M. 7859,16. Anteil an den Beiträgen und den Eintrittsgeldern M. 5234,86, für 37296 dreitägigen Zuschlag à 5 M. = M. 1864,80, für 269 Wäntermarken à 50 M. = M. 129,50, Ueberchuß vom Vergangenen M. 129,72. Sonstiges M. 1,50. Summa M. 14 719,04. Ausgabe. Für Schriften M. 60,70, für 500 Verbandsstageprotokolle à 20 M. = M. 100, für Futterale à 10 M. = M. 40, für Beiträge an den Gauvorstand M. 318,20, für Gemahregelunterstützung am 1. Mai M. 35, für Bibliothek M. 45,34, für Migration M. 156,95, für Zweigvereinskonferenzen M. 86,10, für Ehrung verdienstvoller Kollegen M. 24,20, an den Vorstehenden M. 51,0, an den Kassierer M. 66,80, für Ehrungs-gelder M. 86,90, an die Revisoren M. 44, für Versicherung

M. 20,59, sonstige persönliche Ausgaben M. 42,50, für Bureau-miete und -Utenilien M. 78,88, für Porto M. 388,62, für Schreibmaterialien M. 29,75, für Kopiergelder des „Grundstein“ M. 1819,48, Annoncen M. 261, Druckladen M. 199,26, für sonstige sachliche Verwaltung M. 12,26, dem Reservierfonds überwiefen M. 1025,64, für Straßenbahn M. 9,60, für Arbeitsverfassung M. 12,15, für Versicherung des Verbandsstage M. 6,90, für Ausfälle im Bureau M. 193,30, für Lampen M. 45,60, für Zeitungen M. 10,84, für Versicherung M. 34,55. Summa M. 6268,89. Mißlich bleibt ein Kassensaldo von M. 8460,16. Davon sind per Bank belegt M. 8297,06. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 3182. Nachdem Revisor Schilling berichtet, daß Geld und Warten vorgelegen haben und alles in Ordnung befinden worden sei, wurde dessen Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, angenommen. In „Verständenes“ wurde bekannt gemacht, daß diese Woche mit Einziehung der Ertragssteuer begonnen wird; hierfür erhalten die „Grundstein“-Redakteure keine Vergütung. Mitglieder wurde noch, daß nächster Freitag eine Delegiertenkongress stattfindet und daß in der nächsten Versammlung der Antrag Dittus auf der Tagesordnung steht, der da lautet: „Ausprache über unsere inneren Angelegenheiten“. Nachdem noch einige interne Sachen besprochen waren, erfolgte Schluß.

Seimbrechts. Am 25. Juli tagte hier eine mächtig besuchte Maurer-Versammlung. Kollege Hoffmann aus Weyreuth, der das Referat übernommen hatte, gab in einem einleitenden Vortrag die Gründe bekannt, aus denen der Verbandsvorstand gezwungen war, Extrabeiträge auszufordern. Die anwesenden Kollegen sollten nach dem beigemessenen Vortrag reichlichen Beifall und erklären sich mit den Extrabeiträgen einverstanden. Zum Schluß beleuchtete Kollege Hoffmann den hiesigen schon seit längerer Zeit anbauenden Zimmererstreik, kritisierte auch das am hiesigen Orte sich befindende projektirte Schachtmachertum und forderte die Kollegen auf, mit den übrigen freien Gewerkschaften durch Fühlung Hand in Hand zu gehen.

Silbesheim. Am 16. Juli tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: Die Affordarbeit. War der Versammlungsbeschluss: Affordarbeit ist gänzlich verboten, an und für sich schwer durchführbar, so wurde uns durch hannoversche und Braunschweiger Kollegen die Durchföhrung ganz unmöglich gemacht. Obwohl den Kollegen in ihrem Zweigvereine bekannt gemacht worden war, daß hier die Affordarbeit verboten ist, können sie doch nicht anders, als dort die Arbeit aufnehmen, wo unsere Kollegen Afford verwendet haben. Der Preis, der dafür bezahlt wird, erinnert an die gute alte Zeit, wo noch M. 3 bis M. 3,50 Lohn üblich war. Sollte diese „Würgengeld“ nicht das Elend der großen Städte bekannt sein, wo Hunderte von Kollegen durch die Affordarbeit vom Bau getrieben oder fern gehalten werden, in älteren Kollegen es gänzlich unmöglich ist, Arbeit zu erhalten und somit von den eigenen Kollegen zum Hungern verdammt sind? Dies nun Zustände, die durch die Affordarbeit heraufbeschworen werden. Da haben die hiesigen Kollegen alle Ursache, solche Zustände von Silbesheim fern zu halten. In der gut besuchten Versammlung wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen. Die heutige Versammlung beschließt: Die Affordarbeit wird nur da freigegeben, wo die Kollegen durch Entlassung dazu gedrängt werden. Vor Abschluß des Affords haben die Kollegen sich beim Vorstande zu wehren. Sie müssen sich einen Stundenlohn von 60 M. ausbezahlen lassen und neben dem tausenden Beitrag wöchentlich M. 1 in die Kassaflasse zahlen. Mögen die Kollegen auf strikte Durchführung des Beschlusses achten!

Kaiserslautern. Am Mittwoch, 24. Juli, fand hier eine gutbesuchte außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt, in der Kollege Philipp aus Karlsruhe über das Thema: „Unternehmerwillkür und Extrabeitrag“ referierte. Von der Volksbewegung von 1848 ausgehend, gab Redner ein Bild über die geschichtliche Entwicklung der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Der Druck von oben habe es den Gesellen in den fünfziger und noch in den sechziger Jahren unmöglich gemacht, sich miteinander zu verbinden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Diese Reaktionsperiode habe aber dazu geführt, daß mit dem Erlasse der Gewerbeordnung die Gesellen sofort daran gingen, sich zentralisierte Gewerkschaften zu gründen, um sich hierdurch Vorteile zu erringen. Der Gedanke, zentralisierte Gewerkschaften zu schaffen, sei lediglich dann begründet gewesen, daß das Unternehmertum den Zinsen sowie den höheren Forderungen nachgerechnet habe, wie weit das Geld zur Unterhaltung während eines Streiks reiche. Sehr oft mußten die Arbeiter, wenn das Geld verbrannt war, die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Durch die Zentralfaktion nach dem Falle des Sozialistengesetzes sei dies anders geworden. In den letzten Jahren, wo die Organisation sich im Kampfe mit dem Unternehmertum entwickelte, sei in allen Orten, wo Maurer organisiert waren, eine Lohnzulage von 5 bis 15 M. pro Stunde erreicht worden. Ohne Kampf aber gebe das Unternehmertum nichts heraus; dafür müsse wochen- oder monatelang gestreikt werden. Um aber für die Dauer des Kampfes die Kollegen zu unterstützen, sei Geld notwendig. Im letzten Jahre habe der Verband zu diesem Zwecke 1/4 Millionen beansprucht; durch seine Erzeugnisse sei der Verband zu einem Maßstab für angewandten. Das Unternehmertum, das sich dadurch demütigt fühlte, sei in den letzten Jahren mit aller Energie an den Ausbau seiner Organisationen herangegangen, und unter der Führung des bekanntesten Herrn Freisch sei es sogar gelungen, die Baumaterialienhändler zu organisieren, um dem Unternehmer, der seinen Herren folgten, die von den Arbeitern geforderte Forderung geschnitten, das Weiterarbeiten unmöglich zu machen dadurch, daß er keine Materialien erhalte. Redner nimmt den Ausbruch fest: „Jede's Interessen vertreten wir nicht, wir vertreten das eigene Recht“, das unter der Lupe, da dieser Ausbruch deutlich zeigt, daß das Unternehmertum nur Selbstinteressen vertritt, unbefremdet darum, wie es den Maurern ergehe, die doch die Mehrzahl der sie schaffen. Um die Organisationen zum Untergange zu bringen, sei ein gewisser Schlaupfropf auf den Gedanken verfallen, die Klassen der Verbände durch Ausperrten nach dem W. B. zu leeren, weil dadurch die Gewerkschaften in fortschreitende Kämpfe verwickelt würden. Ein anderer in der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen eifrigstig veranlagter Mann habe den Plan entworfen, man solle nationale Arbeitervereinigungen gründen; die von den Unternehmern mit Geld zu unterstützen wären, damit sie im Falle eines Streiks auch die Macht über diese Organisationen hätten, um sie nach dem Streikgebiete zu dirigieren und dort

Streikfrechendienste zu leisten. Der Herr Feis-Effen, der den Plan erfinden, habe aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Arbeiter wissen wohl, daß sie hart, wo sie richtig sind, auch nicht ernten können. Da nun das Unternehmertum seine bisher geschiedenen Pläne in nichts zertrümmert, so sei nicht ausgeschlossen, daß sie gelegentlich einen Gewaltstreik führen würden. Die vielen und großen Tarife, die nächsten Jahr im Frühjahr ablaufen, zeigten mit aller Deutlichkeit, daß an dem Bemühen der Maurerorganisation weiter gearbeitet wurde. Man zu verhindern, daß wir bei dem nicht ausgeschlossenen großen Kampfe nicht auf dem Boden unserer Klasse anlangen, habe der Verbandsvorstand Extrabeiträge ausgeschreiben, damit wir eine etwaige Probe auch bestehen im Interesse der gesamten Maurerschaft. Reicher Beifall löbte den Redner für seine Ausführungen. Die Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligten sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt, daß der Verbandsvorstand in der Ausschreibung der Extrabeiträge seine Pflicht getan hat, um die Organisation stets kampfbereit zu halten. Die Versammlung erklärt, daß für sorgen zu wollen, daß alle Kollegen des Zweigvereinsgebietes den Extrabeitrag ohne Widerwillen zahlen.“ Mit einer Mahnung, dafür zu sorgen, daß wir im nächsten Frühjahr noch so lächelnd dastehen wie jetzt, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Klosterlaunditz. Sonntag, den 14. Juli, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung, die sehr schwach besucht war; es waren von 108 Mitgliedern 10 anwesend, also ein Beweis dafür, daß es die hier organisierten Maurer nicht für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen, wahrscheinlich aus dem einfachen Grunde, weil sie sich fürchten, zu sehr aufgefressen zu werden. Da wir hier, wo die Maurer haben, die überhaupt nicht wissen, was Organisation bedeutet, sollen sie in die Versammlung gehen, um Zweck und Nutzen der Organisation zu erkennen. Im Punkt 1 der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal vom ersten Kassierer vorgelesen. Im Punkt 2 der Tagesordnung: „Gewerkschaftsfeier“, wurde der Wunsch laut, sich am dem, Sonntag, den 21. Juli, in der Zentralkasse in Sternsdorf stattfindenden Gewerkschaftsfeier als Mitglied zu beteiligen.

Konstanz. Einen schönen Erfolg hatten Sonnabend, den 20. Juli, die hiesigen Kollegen zu verzeichnen. Gelegenheit einer Baustellenversammlung am Schulhausneubau konnten 18 Aufnahmen gemacht werden. Auch bei den benachbarten Wollmattlager Kollegen fördert die Organisation langsam, aber sicher fort. Die Notwendigkeit einer guten Organisation beweist folgender am obengenannten Bau passierter Fall: Von der diesen Bau ausführenden Firma Dörner wurde am Sonnabend Kollege Verloh wegen angeblich zu geringer Leistung für die 43 A entlassen. Da die mit Verloh zusammenarbeitenden Kollegen dieselbe Arbeit an Quantität und Qualität leisteten ohne Kritik und Entlassung, so vermuteten die organisierten Kollegen mit Recht eine Maßregelung Verloh's. Man glaube in ihm ein Opfer zu finden für die Aufregung, die ein die Zustände auf diesem Bau selbstredend Artikel hervorgerufen hatte, der im „Grundstein“ und im „Volksfreund“ erschienen war. Verschiedene Anmerkungen, die dem Polier Steiner einschickten, bekräftigten die Kollegen in ihrer Mutmaßung. Als Kollege Scheler in der Mittagspause diese Sache untersuchen wollte, wurde ihm bei Anknüpfung seiner Entlassung von dem Polier das Sprechen in der Baubude mit dem Hinweis verboten, daß wir in einem freien Staate leben und es deswegen keine Agitation duide. In seinem Eifer bemerkte Steiner gar nicht, daß er selbst diese Freiheit mit Füßen trat. Oder meinte er die Freiheit der Ausbeutung? Ohne zu einer Einigung zu kommen, legten die Kollegen im Verein mit den circa 40 italienischen Kollegen, zusammen 60 Mann, Montag Mittag die Arbeit nieder; die Italiener waren durch schikanöse Behandlung von Seiten des Poliers sehr gereizt. Geschlossen zogen die Kollegen nach ihrem Versammlungsorte, wo sie folgende Forderungen aufstellten: 1. Einstellung Verloh's. 2. Bessere Bezahlung. 3. Eine Maßregelung beteiligter Kollegen und freie Meinungsäußerung in der Baubude. 4. Eine Lohnaufbesserung. Schon nach einhelliger Verhandlung mit dem Unternehmer konnten die Deputierten Scheler und Picello ihren harrenden Kollegen vollen Erfolg werden, wenn auch kein Minimallohn erreicht wurde. Alle nahmen am anderen Tag die Arbeit wieder auf. Polier Steiner hatte zwar geschworen: Sollte Verloh wieder eingestellt werden, würde er die Arbeit niederlegen; er verkaufte aber seine Arbeitskraft dem Unternehmer weiter. Daß bei dieser Angelegenheit die Polizei nicht fehlen durfte, ist jedem Vater klar. Nach acht „dreifacher“ Rühmlichkeit im „badischen Mutterland“ erkundigte sie sich Dienstag früh, ob „alles wieder da sei“. Ob die Polizei nichts Wichtiges zu tun hat? Schade, daß sie hier keine Arbeit bekommen hat!

Leipzig. Am 17. Juli tagte hier im Volkshaus eine öffentliche Maurerverammlung. Kollege Koch referierte über „Lohnbewegung und Streiks im Baugewerbe“. Redner schilderte eingehend die Ursachen der jetzigen Ausperrungen im Baugewerbe, die dem hauptsächlichsten Ziele der Unternehmer, die Arbeiterorganisation zu zerstören, näher führen soll. Die Ausperrungen der Metall- und Holzarbeiter hätten gezeigt, daß es dem Unternehmertum darum zu tun ist, die Kassen der Arbeiter zu leeren und diese kampfunfähig zu machen. Eine Forderung um Verfüzung der Arbeitszeit beantworteten die Unternehmer mit Ausperrung und besagten damit einen Beschluß der letzten Generalversammlung des deutschen Bauarbeiterbundes, einer Verfüzung der Arbeitszeit den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Seit der letzten Reichstagswahl ist ihnen der Kampf gewaltig geschwollen. Sie glauben, uns zu wirtschaftlichem Gebiet niederzubrechen zu können. Gelänge es ihnen, uns niedezuringen, wären wir auf Jahre hinaus lahm gelegt und der erste Schritt zur Vernichtung unserer Organisation wäre getan. Doch dahin darf es nicht kommen! Unsere Aufgabe soll sein, diesen Anschlag abzuwehren, indem wir in der Weise der Klasse Gelder zuführen, wie es der Vorstand bekannt gemacht hat. Der Selbsthaltungstriebe gebietet dies schon. In der Diskussion, die etwas zu lebhaft war, bewegte man sich im Sinne des Referenten. Nur die Kollegen Gerde und Horstorf aus Ostbeuth, die mit Gelolge bereitgestellt waren, glaubten ihr Gesichtslicht leuchten lassen zu müssen. Der erstere versprach sich sogar so weit, daß er dem Verbandstag zum Vorschlag machte: er hätte sich von Böhmeler dähieren lassen. Die Kollegen Busch, Bauerfeld und Verloh vernahmten sich entschieden dagegen, sich jemals als Delegierte dähieren zu lassen. Der letztere der Setzberger Redner war der Meinung, die Setzberger Maurer, 4500 an der Zahl, sollten den Extrabeitrag verweigern.

Der dem Referenten nach seinem Schlusswort reichlich gestollte Beifall bewies zur Genüge, daß die Setzberger Maurer mit den notwendig gewordenen Maßnahmen des Vorstandes einverstanden sind. Nachdem der Vertrauensmann den kampfenden Freiseigergehilfen gegenüber um Solidarität gebeten und die Kollegen aufgefressen hatte, sich das Frohmische Buch „Arbeit und Kultur“, sowie das Protokoll des letzten Verbandstages zuzulegen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Meißen. In einer im „Eichschloß“ abgehaltenen Maurerverammlung referierte der Kollege Paul aus Dresden über: „Die Streiks und Ausperrungen im Baugewerbe und Stellungnahme zum Extrabeitrag“. Er schilderte in sehr trefflicher Weise die Streiks und Ausperrungen und wies an den Tatsachen nach, wie die Unternehmerverbände bemüht sind, die Kämpfe auf eine längere Dauer auszudehnen, damit den Arbeiterorganisationen ein größerer Schaden zugefügt werde. Ferner verwies Redner auf die Agenten, die heute nicht allein in Deutschland, sondern auch in weit entfernten Ländern auf der Suche nach „Arbeitswilligen“ tätig sind, um damit einermöglichen die notwendigen Arbeiten fertigstellen zu können. Unter anderem schilderte er auch die Leistungsfähigkeit der ausländischen Organisationen. Daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war, zeigte der ihm gestollte Beifall und die fast einstimmige Annahme des ausgeschriebenen Extrabeitrages. Unter „Gewerkschaftliches“ gab die Ausperrung der Steinarbeiter Anlaß, das Verhalten einiger Kollegen zu kritisieren, die Gefälligkeitsbesinnung geleiht haben, die nicht zu unserer Arbeit gehören. Weiter gab die Afforarbeit Veranlassung, die von auswärts herangeholten Arbeitskräfte einer Kritik zu unterwerfen.

Mülsen-St. Jakob. Sonnabend, 20. Juli, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Maurer- und Bauarbeiterversammlung. Genosse Knauf aus Mexxane hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Der Kampf um die Verfüzung der Arbeitszeit“. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß der Unternehmer Emil Köfel den Lokalarbeiter untergeordnet hat und daß infolgedessen die Löhne aufgehoben ist. Weiter machte der Vertrauensmann die Mitteilung, daß es immer noch Unternehmer versuchen, den unangeordneten Tarif zu umgehen. Es wurde deshalb beschlossen, alle 14 Tage eine Büchertkontrolle auf den Bauten vorzunehmen. Der Antrag einiger Kollegen, einen Ausflug zu unternehmen, soll nicht einersprochen werden, vielmehr entschied man sich dafür, das am 25. August in Richtenstein im „Kriehallepalast“ stattfindende Kreisfest des 17. Wahlfreies zahlreich zu besuchen. Das Stichtagsfest soll am 8. September abgehalten werden. Dann machte der Vorsitzende längere Ausführungen über die vom Verbandsvorstande ausgeschriebenen Extrabeiträge, die zehn Wochen lang erhoben werden sollen. Das Wort wurde zu dieser Angelegenheit nicht verlangt; es ist deshalb anzunehmen, daß die Kollegen die Notwendigkeit der Extrabeiträge anerkennen. Mehrere Bauarbeiter ließen sich in den Verband aufnehmen. In seinem Schlusswort forderte Genosse Knauf die Anwesenden auf, sich der politischen Organisation anzuschließen und die „Volksstimme“ zu abonnieren. Mit einem Hoch auf den Maurerverband wurde die Versammlung geschlossen.

Pofen. Der Zweigverein Pofen hielt am 25. Juli eine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Schulz über den zu ergebenden Extrabeitrag. Redner führte den Kollegen die Gründe der Erhebung klar vor Augen. Ein Redner wandte sich gegen diese Erhebung, wurde aber von mehreren Rednern zurückgewiesen. Schulz trat besonders der Ansicht entgegen, daß der Extrabeitrag für die „Berliner“ bestimmt sei. Schulz wies aus eigener Kenntnis nach, daß Berlin bis dato überhaupt nie aus der Hauptkassenzufüsse erhalten habe. Die ganzen Kämpfe der neunziger Jahre hätten die Berliner aus eigener Kraft geführt. Berlin sei bisher für den Verband der Arbeitgeber für die in Deutschland gestützten Kämpfe gewesen, und in diesem Kampfe seien die Zahnärzte, die dem „Arbeiterverband“ die Arbeitervermittlungsgänge auszubereiten haben. Je nachdrücklicher dieser Kampf geführt werde, um so besser sei es für die Kollegen in Deutschland. Eine Abstimmung ergab, daß sich nur eine Stimme gegen den Extrabeitrag erklärte. Dies Resultat rief natürlich ein heiliges Dröbe in der hart besuchten Versammlung hervor. Aus dem zweiten Punkt „Abrechnung“ sei folgendes herorgehoben: Das Jahr 1907 ist bisher für uns ein Jahr des Fortschritts gewesen. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins ist auf 1067 gestiegen. Neben 220 Neuaufnahmen sind 19 Uebertritte aus anderen Organisationen zu verzeichnen. Ebenso erfreulich wie die Zunahme des Mitgliederbestandes hat sich das Kassenverhältnis gestaltet. Vereinnahmt wurden im ersten Halbjahr an Eintrittsgeldern M. 135, an Beiträgen M. 8897,05, Streifenbeiträgen in Schwereisen M. 164, an besonderen Zuwendungen M. 10, für Erschließung M. 3, Zufüsse aus der Hauptkasse zum Schwererger Streif M. 800. Die Hauptkasse hat somit eine Gesamteinnahme von M. 10 009,05. Aus der Ausgabe für die Hauptkasse ist herorgehoben: an die Hauptkasse abgezahlt M. 6513,78, für den Streif in Schwereisen M. 1138,90, für Baupfennern im Boullenhain M. 87,25, für Reiseunterstützungen im Winter M. 2,25, an Streifen M. 55,50, für Reichstags M. 21,15, für Gemahregelte M. 15, für Krankenunterstützung M. 617,25, für Sterbenderunterstützung M. 257,50. Der Kassafrage wurde von den Einnahmen M. 2138,72 überwiesen. Die Kassafrage hat eine Gesamteinnahme, incl. des Bestandes von M. 1566,92, von M. 4428,14 und eine Ausgabe von M. 2672,72, somit verbleibt ein Kassenbestand von M. 1755,42. Die Redatoren bestätigten die Wichtigkeit der Kassenverhältnisse. Den Kollegen Gismant und Kluge wurden je M. 20 Unterstüzung wegen langer Krankheit bewilligt. Nach einem Schlusswort, in dem Schulz nochmals des vom christlichen Verbände herausgegebenen Flugblattes gedachte, in dem es heißt: Die Arbeitgeber beschäftigen sich nicht in ihren Organisationen mit dem Ideen des Christentums oder der Nationalität, und darum ist es ihnen möglich, sich ohne Unterschied in einem Verbände zu vereinnahmen“ — schloß er mit folgender Mahnung: Kollegen, handelt nach diesem Ausspruch, befeigt die anderen, durch diesen Ausspruch selbst als überflüssig anzusehenden Organisationen, und die Pofener Maurer werden stark sein in ihrem Wollen! Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam. Die letzte hier abgehaltene Maurerverammlung nahm einen ziemlich kühnen Verlauf. Anlaß hierzu gab der vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Extrabeitrag, der

für die Potsdamer Kollegen M. 6 beträgt. Sämtliche Redner erklärten sich gegen diesen Beitrag. Nachdem erst vor kurzem die Wochenbeiträge eine Erhöhung erfahren, sei es ein unbilliges Verlangen, jetzt wieder mit diesem Beitrag an die Mitglieder heranzutreten. Sei fernerzeitig auch dem Verbandsvorstand die Ermächtigung erteilt worden, Extrabeiträge zu erheben, wenn es not tut, so könne doch momentan von dieser Notwendigkeit keine Rede sein. Auch habe man kein Interesse daran, die Kassen zu füllen, um damit den Unternehmern gegenüber zu imponieren. Diese Resolutionen seien verlesen. Vor allem sei zu prüfen, ob es auch möglich sei, den Mitgliedern solche Lasten aufzubürden. Wenn es die Not erfordere, sei es selbstverständlich, daß Mann für Mann einreise, dann würden auch die Potsdamer Kollegen mit Freunden jedes Opfer bringen; jetzt aber seien sie bereit, es zum Hefferten kommen zu lassen. (Im solchen Verbandsmittgliedern können die Unternehmer ihre helle Freude haben. Was sachlich dazu zu sagen ist, finden die Kollegen an anderer Stelle. Red. d. „Grundstein“.) Schließlich wurde beschlossen, zu diesem Punkte eine Extraverammlung unter Hinzuziehung des Gauleiters einzuberufen.

Witten. Der hiesige Zweigverein hielt Mittwoch, den 24. Juli, eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Lohnbewegungen und Streiks“. Da der Referent zum ersten Punkt nicht erschienen war, sprach der Vertrauensmann dazu, womit sich die Kollegen auch zufrieden geben. Die Erhebung eines Extrabeitrages erscheint dem Maurer Witten's als unbillig. Die Wiedererhebung zweier Maurer in den Verband wurde auf die nächste Versammlung verschoben. Auch soll in nächster Zeit über den „Wert der Arbeitszeitverfüzung“ referiert werden. Am 18. August halten wir unser Sommervergüngen ab.

Sebitz. Montag, den 22. Juli, tagten hier zwei außerordentliche Versammlungen, und zwar eine im „Gasthof Stadt Wien“ und die andere im „Gasthof zum Semmerling“. Der Wichtigkeit der Tagesordnung angemessen, waren die Versammlungen sehr nützlich besucht. In Zukunft mögen die Kollegen den Verbandsangelegenheiten mehr Interesse entgegenbringen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Erhebung der Extrabeiträge“, referierte in „Stadt Wien“ Kollege Friedrich. Nachdem derselbe in ausführlicher Weise die Erhebung der Extrabeiträge begründet hatte, wurde in der darauffolgenden kurzen Debatte allgemein die Notwendigkeit anerkannt. Dasselbe gilt auch von der anderen Versammlung, in der Kollege Grohmann referierte. Zum zweiten Punkt erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Da leider kein Revisor anwesend war, beauftragte der Vertrauensmann, Kollege Krause, der der Revision mit bewohnt, die Wichtigkeit der Abrechnung. Aus dem Bericht ist folgendes zu entnehmen. Mitglieder waren am Quartalschluß 251, neu eingetretene sind 80, ausgeschieden 18, abgereist 1, vorher am 1. August sind 90. Davon sind 87 zum Verband der Bauarbeiter übergetreten. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug an Eintrittsgeldern und Beiträgen M. 1514,65. Die Ausgabe stellt sich wie folgt: an die Hauptkasse abgezahlt M. 1094,82, Krankenunterstützungen an 5 Mitglieder M. 84,20, Sterbenderunterstützung an 1 Mitglied M. 80, Mittel des Zweigvereins an der Beiträgen und Eintrittsgeldern M. 308,13, zusammen M. 1514,65. Die Kassafrage hatte eine Einnahme von M. 979,48, eine Ausgabe von 332,73, Kassenbestand 646,75. Gegen das vorige Quartal mehr M. 320,95. Im Punkt „Beschickens“ wurde beschlossen, ein Sommerfest zu veranstalten. Die Vorarbeiten wurden einer Kommission überlassen. Weiter wurde beschlossen, sich an den Wahlen der Reichstag zum Generalsekretär, das am 1. Januar 1908 in Kraft treten soll, zu beteiligen. Es wurden sieben Kollegen in Vorschlag gebracht. Die endgültige Feststellung der Liste bleibt dem Kartell überlassen. Gleichzeitig ist noch hierauf hingewiesen, daß die neue Gewerkschaftsbibliothek am 1. Juni in „Stadt Wien“ eröffnet worden ist. Die Bücheransgabe findet jeden Freitag von 6 bis 7 1/2 Uhr und Sonntags von 11—12 Uhr statt. Alles Nähere ist im Lokal zu erfahren.

Thorn. Unsere Mitgliederversammlung fand am 25. Juli statt. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Der von den Revisoren gestellte Antrag, dem Kassierer Dedarge zu erteilen, fand ohne Diskussion: einstimmige Annahme. Zum zweiten Punkt referierte der Kollege Frisch aus Danzig über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“. In kurzen Umrissen schilderte er die Kämpfe der deutschen Gewerkschaftsorganisationen im allgemeinen und die des Maurerverbandes im besonderen. Er betonte, daß die zur wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiter aller Berufe zu führenden Kämpfe vom Jahr zu Jahr größere Dimensionen annehmen und für jeden aufmerksamen Beobachter einen Ausblick eröffnen darüber, welche ungeheuren Kämpfe uns in Zukunft noch bevorstehen. Die Organisationen des Baugewerbes und voran der Maurerverband, stehen in stetigem Ringkampf mit dem Unternehmerverband im Baugewerbe. Ein Entscheidungskampf der beiden Gegner wird bald in greifbare Nähe gerückt sein. Eine Etappe zum Entscheidungskampf ist nach Ansicht des Redners die Ausperrung im Berliner Baugewerbe. Hier hat der Verband der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend, getrieben durch die Beschlüsse des Verbandes für das deutsche Baugewerbe, rücksichtslos und mit brutaler Offenheit die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, mit denen er seit dem Monat Juni 1899 in Tarifgemeinschaft gelebt hat, wegen der Forderung auf Verfüzung der Arbeitszeit unter neun Stunden auf das Straßenpflaster geworfen. Die Unternehmern im deutschen Baugewerbe haben ja beschlossen, überhaupt keine Forderung mehr auf Verfüzung der Arbeitszeit zu bewilligen. Ist es nicht schrecklich für die Unternehmern, wenn demgegenüber der „Grundstein“ in seiner Nr. 29 vom 20. Juli veröffentlicht, daß der Verband in diesem Jahre bereits in 133 Wohngebieten mit 13 983 Kollegen die Arbeitszeit um wöchentlich 51 264 Stunden verfürzt hat? Allein diese Tatsache beweist, daß die Unternehmern mit diesem jeder Kulturbeziehung ins Gesicht schlagenden Beschluß lediglich Schiffbruch erleiden werden, ja, bereits erlitten haben. Und wir haben die Gewißheit, daß sich unsere Berliner Verbandsmitglieder von einem solchen Unternehmertum nicht bezwingen lassen. Wir sind überzeugt, daß unsere Kollegen in Berlin mit derselben Braut, mit der sie dem Ausperrungsbeschluß der Unternehmern entgegengetreten, den Kampf weiter, und zwar bis zum endgültigen

Sien führen werden. Dieser Ueberzeugung können wir uns um so mehr hingeben, als sich der Kampf für unsere Kollegen in Berlin Tag für Tag günstiger gestaltet. Auch sind sich die Vertreter des Kampfes und mit diesen alle beteiligten Arbeiterbrüder einig darin, daß dieser Kampf auch eine Bedeutung über die Grenzen des eigentlichen Kampfbereichs hinaus hat. Wir können also mit Ruhe, aber auch mit froher Zuversicht den Ausgang des Kampfes erwarten. Der Wunsch der Unternehmer, durch diesen Kampf die Käufer der beteiligten Organisationen zu sprengen, ist bereits eingestürzt und so tief verfehrt, daß ihm nun endlich auch die Unternehmer für ganz tot erklären müssen. Sorgen wir dafür, daß die Unternehmer auf diesem Weichem recht bald noch andere dem Grade übergeben. Trotzdem aber die Mittel zur Führung des Kampfes vollständig vorhanden sind, müssen wir aber auch bedenken, daß unser Verband in diesem Jahre bedeutend mehr als im vergangenen Jahre an Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen zu bestreiten hat. Dieser Umstand hat dazu geführt, daß wir im Verband zu der Erhebung des ausgedehnten Extrabeitrages, gekommen sind. Nachdem der Redner hierfür die näheren Gründe auseinandergesetzt hatte, wurde in einer sachlichen Diskussion von allen Rednern unter Würdigung dieser Gründe die Erhebung des Extrabeitrages aufgegeben, und den Mitgliedern empfohlen, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun.

Werden. In der Versammlung am 22. Juni wurde beschlossen, nach Verbrauch des jetzigen Markenbestandes einen Vorkaufschlag von 10 % zu erheben. Von der Abhaltung eines Sommerertrages wurde Abstand genommen, da ein paßendes Lokal nicht zur Verfügung steht. — Die Versammlung am 20. Juli nach den Kassenbericht vom zweiten Quartal entgegen. Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M 212, die Ausgabe M 121,4; Kassenbestand M 90,86. Die Abrechnung wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Nachdem der Vorliegende zu erfriger Agitation für den Verband ermahnt hatte, damit die Mitglieder das erste Hundert bald überschreite, erfolgte Schluß der Versammlung.

Witten. In der am 21. Juli abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen: Die heutige Versammlung hält den Kampf des Berliner Baugewerbes für sehr notwendig, da er in seiner Hauptphase dazu angeht, die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Es ist darauf auch beschlossen worden, daß von den hiesigen Mitgliedern der vom Vorstand ausgedehnte Extrabeitrag bezahlt werden muß. Ferner wurde beschlossen; am 11. August das fünfte Stiftungsfest zu feiern.

Witten a. d. Ruhr. Sonnabend, den 20. Juli, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Real aus Dortmund referierte über das Thema: „Die Kämpfe der Gegenwart“. Er schilderte uns, mit welcher Schärfe unsere heutigen Kämpfe gegen das Unternehmertum geführt werden, wenn es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit handle. Er zeigte ferner, daß auch wir hier im nächsten Jahre uns auf einen großen Kampf gefaßt machen müssen; wir müßten daher mit allem Eifer für den Extrabeitrag eintreten, den der Verbandsvorstand ausgeschrieben habe. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen im gleichen Sinne und traten für den ausgedehnten Extrabeitrag ein. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal; er bemerkte, daß trotz der nicht ganz guten Konjunktur in diesem Quartal die Mitgliederzahl von 145 auf 187 angewachsen sei. Neu aufgenommen wurden 55, davon neun wiederholt. In die Hauptkasse wurden M 631,28 abgeführt und die Vorkasse hat einen Bestand von M 528,08. Da niemand gegen die Abrechnung Einwendungen machte, ertheilte der Vorliegende dem Kassierer die Entlastung.

Zeit. Am 20. Juli tagte hier eine gutbesuchte öffentliche Mauererversammlung, in der auf vielseitiges Verlangen Kollege Koch aus Leipzig referierte. In seinem längeren, mit großem Beifall aufgenommenen Referat über: „Den Einfluß des Niederkommens auf die Lebenshaltung der Arbeiter“ schilderte er zuerst in eingehender Weise die Entwicklung des Zentralverbandes der Mauerer Deutschlands und führte weiter aus, daß sich das Unternehmertum immer mehr und mehr bereinigt, um dem Vormarsch der Mauerer mit ganz gemeinen Mitteln Hindernisse in den Weg zu legen; alles, was nicht die Interessen des Kapitals betrifft, soll niedergedrückt werden. Wird auf wirtschaftlichem Gebiete ein Vorstoß gewagt, so wird dieser zur sozialdemokratischen Machtprobe getempelt. Haarsträubend wird der Terrorismus der Arbeiter hingestellt, während die Unternehmer ihren eigenen nicht lassen wollen. Weiter erinnerte Kollege Koch an die im Jahre 1897 von dem deutschen Kaiser in Wiesbaden gehaltenen Rede, wo es heißt: „Schwere Strafe demjenigen, der einen Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindert“, welche Worte doch wirklich recht für die Unternehmer zutreffen, die ihre Arbeiter ansprechen. Größere Kämpfe, als die sich in der Gegenwart abspielen, sind für die Zukunft zu erwarten; das zu verhindern, liegt an uns. Unsere Aufgabe ist nun die, jeden noch fernstehenden Kollegen zu organisieren, unsere Pflichten streng zu erfüllen, sowie die zur Zeit ausgedehnten Extrabeiträge mit Stolz zu entrichten; denn nur durch einen noch viel größeren Streikfonds können wir das Volkswort gegen die Willkür der Unternehmerruppe erheben. Wenn wir unsere Aufgaben streng erfüllen, ist auch für die Zukunft der Sieg unser. Zum Schluß freilich Kollege Koch die Tätigkeit der „gelben Gewerkschaften“, die nur als Stützen des Reichstagenverbandes das Vorwärtsschreiten der freien Gewerkschaften möglichst zu verhindern suchen. — Einige Kollegen können noch Hoffnungen verschiedener Art, deren Inhalt aber die organisierte Arbeiterklasse hinausgetrieben haben, nicht unterlassen, sich zu verbreiten. Kollegen, gibt Euer Gehör das zu? Ein Wortstreich ist dem Streikrecht doch wohl gleich zu achten.

Ausland.

Schweiz. Der Verband der Mauerer und Sandlanger in der Schweiz hält am 31. August und 1. September seinen ersten Verbandstag in Bern ab. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung ist wohl die Beitragsfrage anzusehen, die der Verbandstag an dieser Stelle behandelt. Außer den Berichten der verschiedenen Verbandskörperchaften stehen dann noch die Anträge zur Statutenänderung sowie Lohnbewegung und Agitation auf der Tagesordnung.

Zentralrankenkasse.
(Grundkreis für Einigkeit.)

In der Woche vom 21. Juli bis 27. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von den Berliner Verwaltungen in Jaguid M. 600, Gamburg 500, Ranzow 400, Besur 200, Schwerin i. M. 200, Gughagen 178,15, Düsseldorf 150, Rawilsh 150, Golsow 110,80, Prenzlau 100, Groß-Biegenort 100, Zeterow 100, Gerner 90, Mieret 80, Schönhausen a. d. E. 78,01, Wölken 50, Altenbrunlar 50, Ebergögen 50, Straßburg i. d. N. 20. Summa M. 3206,96.

Zuschüsse erhielten: Königsberg i. Pr. M. 200, Magdeburg 200, Mühlent i. B. 200, Hannover 200, Eising 100, Gandschshheim 100, Groß-Neuendorf 100, Cassel 100, Genthin 100, Forst i. d. Lausitz 100, Butte a. Warenberg 50. Summa M. 1450. **Altona, den 27. Juli 1907.**
Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Böschum. Am Neubau der elektrischen Zentrale an der Freitragbrücke — Unternehmer Altenhövel — verunglückte am 21. Juli der Bauarbeiter Friedr. Frank; er erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten. Frank ging über eine Betonbede, die kurz vorher ausgeglast worden war und fiel hierbei durch. Die Schuld für diesen Unfall trifft die Bauleitung; sie mußte sich erst davon überzeugen, ob auch der Zement genügend abgedunzt war. Unternfalls hätte sie eine Abdeckung veranlassen. — In der Nacht vom 23. zum 24. Juli erlitten zwei Mauerer in einer Giehrube im Martinswerk schwere Unfälle. Um die Giehrube reißt dauerhaft zu machen, sollten an den Seitenwänden eiserne Platten aufgestellt werden. Diese wurden mit dem Laufstang herabgeführt. Eine Platte stürzte um und zwei Mauerer wurden schwer verletzt. Dem Mauerer G. Thim wurde ein Fuß gemaht gebrochen, dem anderen wurde die Ferse abgeschlagen. Das sind nur zwei Unfälle von den vielen; die meisten erliden das Nicht der Deffentlichkeit nicht.

Rud. v. München. Freitag, den 19. Juli, Vormittags nach 9 Uhr, stürzte an einem vom Baugeschäft Hofmeister-Brosch erbauten Neubau an der Dachauerstraße ein Teil eines Gerüstes ein und riß vier Mann in die Tiefe. Drei ebenfalls auf dem Gerüst sich befindende Mauerer konnten teils durch Springen auf die Mauer, teils durch Festhalten an den Dachsparren (auf dem Bau war bereits der Dachstuhl aufgesetzt) vor dem Sturz sich retten. Die Verletzungen der vier Mann sind ziemlich gefährlicher Natur, besonders die des Poliers Rehnmeier, der schwere innere Verletzungen erlitt und dem ein Fuß vollkommen abgesehen wurde, und die des Hilfsarbeiters Piel, Vater von drei kleinen Kindern (die Frau befindet sich in geeigneten Umständen), der neben schweren Kopfverletzungen ebenfalls schwere innere Verletzungen erlitt. An dem Aufkommen der beiden wird gewweifelt. Die beiden anderen unterbezeichneten Hilfsarbeiter kamen zwar etwas besser davon, doch unbedeutend sind auch ihre Verletzungen nicht. Die Schuld an dem Unglück ist dem mangelhaften Gerüstbau zuzuschreiben. Die Ständerbäume waren zu weit voneinander entfernt und die Streichstangen viel zu schwach. Die Last, die sich auf dem schwachen Gerüst befand, war für dieses viel zu schwer, so mußte unbedingt etwas brechen. Man sieht hier wieder recht deutlich, wie die oberpolizeilichen Vorschriften über den Bauarbeiterschutz eingehalten werden. Gätte sich unter dem betreffenden Gerüst noch ein anderes befunden, wie es vorgeschrieben ist, so hätten die Leute nicht so hoch herunterfallen können und die Verletzungen wären jedenfalls auch nicht so bedeutend geworden. Ferner ersieht man daraus wieder, wie notwendig es ist, auch auf dem Lande die von uns längst geforderten Baukontrollen aus Arbeitertreuen anzustellen. Merkwürdig ist, daß der Kontrolleur der Baubausgenossenschaft, der am Dienstag den Bau revidierte, diese leichtfertige Gerüstkonstruktion nicht abstellen ließ. Wir können mit Bestimmtheit sagen, daß ein Kontrolleur aus Arbeitertreuen dieses Gerüst als vollkommen ungenügend erachtet hätte.

Derne i. B. Am 19. Juli fiel von einem von dem Unternehmer Bödiger ausgeführten Bodenpauze ein Arbeiter infolge eines Krampfanfalles in eine Kaligrube, worauf er am anderen Morgen starb. Die Kaligrube war den Unfallverhütungsvorschriften zuwider weder eingefriedigt, noch abgedeckt, sonst wäre dies Unglück nicht möglich gewesen.

Dortmund. Freitag, den 12. Juli, stürzte an dem Neubau der Volkshochschule in Eving bei Dortmund eine 12 bis 13 m lange und 2 1/2 m hohe Wand ein. Zwei Mauerer, die Kollegen Karsten und Wader, erlitten dabei ziemlich schwere Verletzungen. Wader wird wahrscheinlich ein Krüppel bleiben. Dem Unternehmer Mühlmann aus Brambauer und dessen Polier Kremer ist nicht genug Ziegel brennert werden; die Antreiber ist so stark, daß dabei alle Regeln der Bauleitung außer acht gelassen werden. Daß dabei große Unglücksfälle passieren, ist selbstverständlich. An den Kollegen liegt es, dafür zu sorgen, daß das Gassen und Treiben auf den Baustellen bald aufhört.

Eisenberg (S.-U.). Sonnabend, den 13. Juli, stürzte in dem benachbarten Eghof ein Gerüst an einem Neubau ein und riß zwei Mauerer, die darauf beschäftigt waren, in die Tiefe; sie kamen mit unerheblichen Verletzungen davon, während der Bauherr, der sich unter dem Gerüst befand, eine Rippenverletzung erlitt. Die Ursache des Zusammenbruchs bestand in dem Sinken der Steifen, die man unter den Streichstangen angebracht hatte.

Gelsenkirchen. Am 11. Juli stürzte an einem von der Zeche „Kolonie Pluto“ in Röhlinghausen bei Wanne das Gerüst zusammen, wodurch ein Kollege schwer an Kopfe verletzt wurde. Der Einsturz soll durch Ueberlastung mit Steinen durch den Polier Goll herbeigeführt worden sein. — Am 15. Juli wurde hier selbst am Kirchenneubau, zwischen Industrie- und Florstraße, dem Maurer-

lehrling Schneberg der rechte Finger der rechten Hand dadurch schwer verletzt, daß er den Motor zum Materialtransport bedienen mußte und hierbei in das Fördergeriet. Der Verletzte, der das Alter von 16 Jahren noch nicht erreicht hat, soll vom Folier des genannten Baues an diese gefährliche Arbeit gestellt worden sein. — Am 18. Juli wurde dem Maurer S. Wiershan der Fuß dadurch schwer verletzt, daß ihm beim Aufbringen von Gesteinsblöcken (Sandstein) vom Gerüst auf Mauerwerk vom Verlehen ein solches auf den Fuß fiel, so daß auch dieser dem Krankenhaus überwiesen werden mußte.

Raffa a. Bei dem Bauunternehmer Geißberger erregte sich am 18. Juli ein Vorfall, indem ein Gerüst umfiel, wodurch die darauf beschäftigten Arbeiter leicht verletzt wurden. Das Gerüst wurde gleich wieder aufgebaut, aber sehr mangelhaft. Die Streichstangen sind die reinsten Fingerringe, und außerdem ist das Binden sehr mangelhaft ausgeführt. Es ist dies auch weiter nicht vermunderlich; sind doch die dort arbeitenden Maurer in Bezug auf die ihnen obliegenden Arbeiten, sehr indifferent, und der Polier ist eint gelernter Hammerhieb.

Lilla. Am Neubau der Filister Althensbaureier stürzte der Maurer August Wagner aus einer Höhe von ca. 3 m so unglücklich herab, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er am anderen Tage starb. — Auf einem von der Firma Philipp & Weßling ausgeführten Neubau stürzte der Maurerlehrling Otto Kammberg beim Gerüstbau aus der dritten Etage ab und erlitt einen doppelten Wehrbruch. Wir sind nicht in der Lage zu beurteilen, ob diese beiden schweren Unfälle, die sich schon im Juni ereigneten, auf Aufseherpflicht der bestehenden Schutzvorschriften zurückzuführen sind.

Zwickau. Ein Baumfall, der nur auf die große Ausdehnung der Mauer dieser Baustelle zurückzuführen ist, ereignete sich am 26. Juli am Neubau des Unternehmers Bauer in der Gutenbergsstraße, Johanna-Marienhöhe. Beim Baubeginn im zweiten Stock fiel der Maurer S. Schmidt wegen Mangels an Schutzgerüst durch das Fenster circa 10 m herab, wodurch er sich schwere innere Verletzungen zuzog. Das sind wieder die Folgen der Mordarbeit und der Schamhüt der Unternehmer. —

Entdeckungen der „Baugewerkszeitung“.

Das Verzeichnis Nr. 55 vom 10. Juli: — Bei der Kontrolle der Bauten durch Arbeiter dienen soll — ein sozialdemokratisches Zugeländnis. Wir haben stets hervorgehoben, daß die seitens der Sozialdemokratie unabhängig in sachlicher, rckhaltlosster Form verlangte Einführung der Bautenkontrolle durch Arbeiter die Ausbreitung der sozialdemokratischen Machtpuare unter den Bauarbeitern zum Gegenstande habe. Bei der zur Zeit leider unter den Arbeitern vorherrschenden politischen Richtung unterliegt es keinem Zweifel, daß fast alle Kräfte der sozialen Bewegung gewöhnlich Baukontrollen: Anhänger sind, wobei wir der benutzigen Arbeiter betrtten, welche auf Grund der bestehenden Gesetze von den Arbeitern gewählt werden. Wir haben obwohl die zulngigen Verhören und Berichtsverfahren, wie auch die schriftliche Bauhandwerkerordnung darauf hingewiesen, daß sozialdemokratische Baukontrollen unter geistlichen Schutz eine wirkliche Agitation gegen andere organisierte Arbeiter entfachen würden, um dieselben in das sozialdemokratische Lager zu treiben. Wegen dieser Hinweise wurden wir von der sozialdemokratischen Presse heftig angegriffen. Es wurde uns vorgeworfen, daß wir den Arbeitern Beweggründe unterstützen, an welche dieselben bei ihren Bestrebungen auf Einführung der Kontrolle auf Bauten durch Bauarbeiter, Poliere, Gesellen usw. gar nicht dächten; die Arbeiter käme es nur darauf an, die im Baugewerbe herrschenden Mißstände zu beseitigen. Neuerdings nun befindet sich ein sozialdemokratisches Blatt in hndiger unabweisbarer Weise, das unsere Annahme und Behauptung nur zu berechtigt war.

Der „Volkswille“, Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Provinz Hannover, berichtet in Nr. 130 vom 7. Juni 1907 über eine am Dienstag, den 2. September Monats, in „Wiederbrands Hotel“ zu Hannover abgehaltene Versammlung der Mauer, Kassierer usw., in welcher „Genoss.“ Weidner über: „Die Notwendigkeit des Bau- und Werkstttenbegleitersystems und die allgemeine Bautenkontrolle“ sprach. Derselbe erklärte, daß, um gegen die vielen Uebergriffe, welche die Unternehmer der verschiedenen Bauwerke sich heute noch zu schulden kommen lassen, vorgehen zu können, eine allgemeine Bautenkontrolle eine Notwendigkeit wäre, in der auch die Kontrolle über die Zugehörigkeit zur Organisation mit eingegriffen ist“. Auf diese Kontrolle kommt es in der Hauptsache an. Wer die sozialdemokratische Ausdrucksweise kennt, der weiß, was das bedeutet. Wüst du nicht mein Bruder sein, Schlag ich dir den Schädel ein.“ Aus dem händigen Zugelndnis ergibt sich nun aber mit scharfer Klarheit, daß wir das Eingehen der sozialistischen Bestrebungen auf gesetzliche Einführung der Bautenkontrolle durch Arbeiter richtig erkannt haben. Nach demselben ist zu erhoffen, daß nämlich auch die maßgebenden Verhören und gesetzlichen Krperchaften erkennen werden, welches große Unheil die Arbeiter-Baukontrollen auf politischem Gebiete anrichten würden, ja, daß es ein schweres Unglück für Deutschland wäre, wenn Sozialdemokraten in der von diesen angebotenen Weise zu Trägern der öffentlichen Gewalt auf dem Gebiete der Bau- Überwachung gemacht werden würden.

Das diesem trächtigen Schwag zu Grunde liegt, geht aus einer Erklärung des Kollegen Weidner hervor, die wir hier abdrucken: Von den auf den Bauarbeiterorganisationen und von den Organisationen, im Baugewerbe geforderten Baukontrollen, die als öffentliche Beamte zu fungieren hätten, habe ich überhaupt nicht gesprochen. Ich hatte, wie auch in dem Bericht über „Die Notwendigkeit des Bau- und Werkstttenbegleitersystems für die allgemeine Bautenkontrolle“ gesprochen. Was in dem Bericht den Baukontrollen als Tätigkeit zugewiesen ist, habe ich für die beamteten Bautenkontrollen weder verlangt noch als ihre Aufgabe überhaupt hingestellt. Es handelt sich nur um die Aufgaben der Baudelegierten. Diese Baudelegierten werden von den an einem Bau beschäftigten Arbeitern (einschließlich der schriftlich organisierten) gewählt.

Aufgabe dieser Baudelegierten ist es nicht, die am Bau vorhandenen Mißstände der Behörde anzuzeigen, sondern die Durchfhrung der gesetzlichen Schutzmaßnahmen, die durch Polizeiverordnung betr. Schutz der Arbeiter bei Bauten eingeführt sind, durch persönliche Nachprüfung mit dem Polier oder dem Meister zu erreichen. Dieser Baudelegierte ist Vertreter-

man, der an einem Bau beschäftigt Arbeiter und Bauauftraggeber der Organisation. Er hat die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß auf den Bauten alles, was geeignet ist, die Gesundheit der Arbeiter zu fördern, ferngehalten werde. Er sorgt z. B. für die ständige Reinigung der Baubühnen und Klore. Alle Klagen und Beschwerden der an dem Bau beschäftigten Arbeiter hat er dem Polier oder Arbeitgeber zu unterbreiten. Außerdem ist er verpflichtet, auf etwaige Schäden und Mängel des Gerüstbaues zu achten und auf deren Abstellung zu dringen. Damit ist auch zweifellos dem Unternehmer gebietet, denn durch das rechtzeitige Aufmerkensmachen auf schadhafte Gerüste, schlechte Abdeckung der Treppenhäuser, Fehlen von Schutzbädern und dergl. durch den Delegierten ist schon manchem Unternehmer materieller Schaden erspart geblieben. Das haben einstichtige Unternehmer unumwunden eingestanden, und teilweise wird von ihnen die Wahl von Baudelegierten sogar gewünscht, jedenfalls aus letzterem Grunde. Es ist nun selbstverständlich, daß diese Delegierten als Vertrauensmänner der an einem Bau zur Zeit beschäftigten Arbeiter und als Bevollmächtigte der Organisation auch die Kontrolle der Verbandsbücher aller Arbeiter dort vorzunehmen haben. Darüber werden wir uns wieder von den Schatzmeistern Herrschfer Goutier noch von sonst jemandem Vorwissen machen lassen. Was wir als organisierte Arbeiter für gut halten, führen wir aus. Daran kann auch die doshafte Fälligkeit der Baudelegierten (wobin ich gesprochen und in dem Bericht im „Wolfsknecht“ die Rede ist) in öffentliche Baukontrollbeamte absolut nicht ändern. Es gehört zu den Maximen eines vorerwähnten Fanalikers der Schatzmeisterei, mit beratung untreuer Verleumdungen, wie sie die „Vaugenereken-Zeitung“ anstellt, die öffentliche Meinung irre zu führen.

Sie glauben, damit auch Einbruch bei der Regierung zu machen, beweisen aber nur, daß die Forderung der Arbeiter auf Anstellung von beamteten Baukontrollbeamten, die durch die Arbeiter gewählt werden, nur zu berechtigt ist, denn was man nur noch mit Verachtung und Fälligkeit bekämpfen kann, ist eine solche Notwendigkeit. Daran ändert auch die Anpöbelung der „Vaugenereken-Zeitung“ gegenüber der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste. Wenn aber nun gar noch die Christlichen als Gehäufte der Schatzmeisterei gegen eine auch von den Christlichen aufgestellte Forderung herangezogen werden, so ist das eine alle Grenzen überschreitende Stumpfsinnigkeit. Eine solche Brandmarkung der Christlichen als Hülfskumpel der Unternehmer werden diese nicht auf sich ziehen lassen können, wenn sie nicht in den Verdacht kommen wollen, statt Arbeiter-Interesseninteressen zu vertreten.

*** Eine Submissionsliste.** Beim Schulhausneubau in Neustadt waren drei Angebote für die Maler- und Anstreicherarbeiten mit A 3580, A 2021 und A 1179 eingelaufen. Der Mindestnebenende erhielt den Zuschlag. Kein Wunder, daß die Arbeiter in dieser Gegend so miserabel bezahlt sind, und daß infolge dieser Scheuderkonturen die Löhne immer mehr herabgedrückt werden. Nur die Organisation kann auch hier Besserung schaffen.

*** Vaugenereken-Zeitung.** Der hiesige Zentralverein für Errichtung billiger Wohnungen erstattete den Bericht über die Geschäftstätigkeit im Jahre 1906. Danach gehören dem Verein gegenwärtig an: 47 Verbände, 13 Korporationen, 10 gemeinnützige Bauvereine, 208 Privatpersonen und Firmen, in Summa 278. Es waren errichtet bis Ende 1906: 486 Häuser mit 1473 Wohnungen. Die Fertigstellungsumme der Häuser belief sich auf mehr als 5 1/2 Millionen Mark, hat sich also in den verfloffenen vier Jahren mehr als verdoppelt. Nach angefertigten Ermittlungen wurden im Jahre 1906 von 21 öffentlichen Sparcassen 405 Darlehen im Betrage von 4,4 Millionen Mark zur Erbauung neuer Häuser geliehen, und es entfielen hierauf auf Häuser mit kleinen Wohnungen 234 Darlehen von in Summa A 950 000. Im Anschluß hieran seierner bemerkt, daß auch die Landeshypothekenbank den allgemeinen Wohnungsbau erheblich gefördert hat, indem sie im Jahre 1906 zum Beispiel nahezu zwei Millionen Mark für Neubauten dargelegt hat. Wie die Welt mittelst, konnte mit Bestimmtheit festgestellt werden, daß hierdurch eine halbe Million zur Errichtung von Kleinwohnungen verwendet wurde. Die Hauptbedingung für die gemeinnützige Bautätigkeit war bisher stets die Landesversicherungsanstalt Gr. Hessen, die in den letzten vier Jahren über eine Million Mark hergegeben hat und deren gefamter, im Kleinwohnungsweien angelegter Darlehensbestand gegenwärtig rund vier Millionen Mark beträgt. Die Landesreditkasse hat zu gleichem Zwecke bisher rund eine Viertelmillion Mark geliehen. Der von dem Verein angefaltete Wettbewerb zur Erlangung mehrzügiger Pläne zu Kleinwohnungen habe manchen guten praktischen Erfolg gezeigt. Leider werden selbst in kleinen, nicht einmal in besonderer Entwicklung begriffenen Gemeinden Bodenpreise gefordert, die die Errichtung von Einfamilienhäusern so gut wie völlig ausschließen. Auch die Privatbautätigkeit hat durch den Verein eine nicht zu unterschätzende Förderung erfahren. Der Kassenbericht ergibt eine Einnahme von A 7739,11, eine Ausgabe von A 6317,73 und einen Kassenüberschuß von A 1421,38. Das Vermögen betrug Ende 1906 A 9986,36.

*** Ein großes Kulturwerk geht abermals der Vollendung entgegen.** Am 25. Juli ist der Druck der 1. Auflage des Kulturwerks erfolgt. Es ist das letzte, aber wichtigste Stück der neuen Alpenbahnen; die im Jahre 1901 durch das bayerische Parlament beschloß gefordert wurden. Der Text der Salzburger-Jahrbücher ist bis heute in der Arbeit. Das dort nun wird die Bahn durch den 520 Meter langen Tauentunnel nach Karnten führen und weiter auf den neuen Strecken der Wochener und Karantenerbahnen zum Meere nach Triest. Damit ist ein wichtiger neuer Abschnitt der Bahn geschaffen, der besonders für die bayerischen Alpen von Wichtigkeit sein und vielleicht auch den Nordseehafen manches zu Gunsten Triests entgegen wird.

Der Tunnel erreicht eine respektable Größe, in der Lokalisation von 1925 Meter. Er durchfährt Granit und Gneis. Zur Bohrung wurden große Wasserkrantlagen verwendet; allein die der Nordseite liefen bis 450 Meter tiefen. Eine Dampfkrantanlage von 800 PS. mußte noch zur Ergänzung herangezogen werden. An dieser Seite arbeiteten 1800 Mann. Am der Südseite wurde mit der Arbeit erst später begonnen. Dort

leitete die Wasserkrantstation 600 PS. Die Arbeit ist mehrfach durch Wassereintrüche und von außen kommende Ueberflutungen stark gehindert worden. Auch die hohe Temperatur im Tunnel — bei einer überlagernden Gesteinsmasse in der Höhe von 1500 Meter betrug sie 29° C. — war hinderlich. Man hofft, mit der Arbeit im kommenden Jahr fertig zu werden. Sie wird eine auch für Deutschland höchwichtige Verbindung zum Mittelmeer, eine neue, friedliche Verknüpfung der Völker bedeuten.

Aus anderen Berufen.

*** Auspöbelung in der schlesischen Leinwandindustrie.** Im schlesischen Leinwandgewerbe ist ein größerer Kampf am 13. Juli ausgebrochen. Die schlecht entlohnenden Arbeiter einer Firma in Landeshut waren um eine Lohnerhöhung vorzeitig geworden, die rundweg abgelehnt wurde. Trotz mehrfacher Versuche der Verbandsleitung der Textilarbeiter, eine Einigung herbeizuführen, ist dies nicht gelungen. Im Gegenteil fahien die Textilindustriellen Landeshuts den Beschluß, am 13. Juli 2500 Arbeiter auszuspöbeln, falls die Bewegung bis dahin nicht abgeschlossen sei. Die Auspöbelung soll sich auf mehrere Gebiete der schlesischen Textilindustrie ausdehnen werden.

*** Agitation unter den Handelsarbeitern.** Der Gewerkschaftskongress in Köln hat die Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet, ihre gewerblich tätigen Frauen und Töchter der für den betreffenden Beruf bestehenden gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß heute viele Tausende von Arbeiterinnen im Handelsgewerbe, in Warenhäusern usw. als Verkäuferinnen und Kontoristinnen tätig sind. Leider gehören nur wenige der Organisation an und es bleibt zur Durchführung des oben angeführten Kongressbeschlusses noch viel zu tun übrig, obwohl die gewerkschaftliche Organisation im Handelsgewerbe gerade so notwendig ist wie irgend wo anders.

Das gilt auch für die als Handlungsgehilfen tätigen Söhne der organisierten Arbeiter. Auch hier sind verhältnismäßig wenige Mitglieder ihrer Gewerkschaft. Die meisten stehen den Berufsfragen gleichgültig gegenüber oder sie gehören gar den bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Harmonievereinen an, die im letzten Wahlkampf als Kerngruppen des Reichstagesverbandes eine so traurige Rolle gespielt haben. Diese Harmonievereine pflegen den Stabesbündel und ihre Agitation läuft darauf hinaus, das Arbeiterkind der Deutsche seiner Familie zu entfremden, bis es sich anfängt seiner Herkunft zu schämen. Möchte deshalb kein Arbeiter verkommen, seine im Handel tätigen Familienangehörigen auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen.

Die einzige, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und den Gewerkschaftsstellen angeschlossene Organisation für Handlungsgehilfen ist der Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Eich-Gamburg). Das Hauptbureau befindet sich in Hamburg 1, Befensbinderhof 67. Von dort sind Eintrittskarte und Probenummern des Fachorgans „Handlungsgehilfen-Blatt“ gratis zu beziehen.

*** Amerikanische Gewerkschaften.** Im „Correspondenzblatt“ schreibt H. Fehlinger über die amerikanischen Gewerkschaften. Aus dem sehr instruktiven Artikel entnehmen wir die Mitgliederzahlen der verschiedenen Berufsgruppen. Die Mitglieder verteilen sich auf mehr als 130 Verbände, von denen nur 28 mehr als 20 000, 24 dagegen weniger als 1000 Mitglieder besitzen. Zu den Zentralverbänden kommen noch 759 Lokalvereine mit 24 500 Mitgliedern. Doch muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß weder die Zahlen für die Lokale noch Zentralverbände Anspruch auf vollständige Richtigkeit erheben können, da die Gewerkschaften aus vielfachen oder anderen Gründen ihre wahre Stärke vielfach verheimlichen. In der Wirklichkeit wird die Zahl der gewerkschaftlich organisierten wesentlich höher sein als angegeben. Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

Baugarbeiter	291266 Mitglieder
Bauarbeiter	409663
Metallarbeiter	203992
Stein-, Ton- und Glasarbeiter	69000
Textil- und Bekleidungsarbeiter	124500
Holzarbeiter, Wagenbauer	43400
Lehrerarbeiten	9710
Graphische und Papierarbeiter	83580
Nahrungs- und Genußmittelarbeiter	103818
Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter	498735
Berufliche Bedienung	57600
verschiedene Berufe	76400
Zusammen	1971514 Mitglieder

Zu der Gruppe der Bauarbeiter werden in Amerika auch die Inhaftarbeiter, Elektrizitätsarbeiter, Aufzugbauer und Klempner gezählt. Diese Angaben geben ein Bild der größten Zersplitterung, und fortgesetzt entstehen noch neue Vereine, die es meist nur auf eine niedrige Mitgliederzahl bringen und wenig Aktionskraft besitzen. Es kann deshalb auch nicht übersehen werden, daß der innere Aufbau der Organisationen, vor allem die Unterhaltungsanrichtungen, noch viel zu wünschen übrig lassen. Eine große Anzahl der Verbände zählt überhaupt nur Streikunterstützung.

Polizei und Gerichte.

*** Streikführer.** Vor dem Schöffengericht in Schyberge (Sachsen) hatte kürzlich der Maurer Edmund Katta wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verurteilen. Katta nahm 1906 am Maurerstreik teil, bei dem um häusliche Lohnverhältnisse und Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft wurde. Während dieses Streiks soll Katta zu dem beim Bauunternehmer Versteinerer arbeitenden österreichischen Arbeiter Nomi gesagt haben, ob er (Nomi) denn zur Streikbrecher machen wolle. Vor allem soll Katta noch laute Drohungen ausgesprochen haben. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, das Wort Streikbrecher gebraucht zu haben. Er habe Nomi nur gefragt, ob er nicht gemeinsame Sache mit ihnen machen wolle, weil er doch in der Versammlung mit dafür gestimmt habe. Weiter gab Katta zu, zu einem ihm beizutenden österreichischen Kollegen gesagt zu haben: „Die Wände macht Nomi.“ Auf Befragen des Vorsitzenden sagte der Angeklagte aus, daß sich diese Aeußerung darauf bezogen

habe, daß man erst in der Versammlung für den Streik gestimmt habe und dann sein gegebenes Wort nicht halte. Den Nomi habe er aber persönlich nicht gemeint. Der sich beleidigt und bedroht fühlende „Arbeitswillige“ Nomi ist in Oesterreich vernommen worden. Aussage und Protokoll sind in tschechischer Sprache erfolgt, da er nach eigener Angabe nur das Mternotdürftigste der deutschen Sprache verstehe. Aus dem zur Verlesung gebrachten Protokoll ging hervor, daß er unter Eid daselbe ausgesagt hat, was in der Anklage besauptet wird. Um die Stellung des erstellten Zeugen zu dem Angeklagten zu befechten, erklärte der Angeklagte auf Befragen durch den Verteidiger, daß er von dem Nomi vor Gerichtsstelle in Oesterreich (der Angeklagte war bei der Vernehmung zugegen) mit Nomi bezeichnet wurde, weshalb Nomi vom Gericht zurechtgewiesen worden sei. Der Zeuge Schubert, ein Verwoaner des Nomi, hat nichts von dem ganzen Vorfall gehört, trotzdem der Angeklagte laut geschrien haben soll und der Zeuge Gb. mit seiner Frau nur einige Schritte vorausgegangen ist. Schubert jagte unter Eid aus, daß Nomi oft-Lügen mache. Auf das Zeugnis der Frau Schubert wurde verzichtet. Die Anzeige ist vom Stadtrat zu Schneeberg erfolgt. Der Amtsanwalt erachtet die Sache als erwiesen und beantragt Verurteilung nach dem Gesetz. Der Verteidiger Rechtsanwalt Eigner I aus Roidau plädierte für Freisprechung. Der Verteidiger führte aus, daß Nomi doch selber zugegeben habe, daß er nur das „Nötige“ der deutschen Sprache kenne, auch spreche ja hierfür zur Genüge das tschechische Protokoll. Unter dem „Nötigen“ der deutschen Sprache könne man wohl nicht die Ausdrücke wie Streikbrecher, Lüge, Wände usw. verstehen. Sollte aber trotzdem angenommen werden, daß Nomi diese Worte gehört habe, so liege es doch sehr nahe, daß dieser tschechisch Redende die Wortbedeutung ganz anders aufgefaßt habe, als es der Angeklagte nach unserem Begriff gemeint hat. Trotzdem als Belastung nur die Aussage des sehr wenig Deutsch verstehenden Nomi in Frage kommen konnte, wurde Katta zu drei Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Berufung ist eingeleitet.

*** Nachtlänge vom Streik in Bamberg.** Während des Streiks, am 3. Mai, gingen die vier Kollegen: Ludwig Förstich, Eduard Förstich, Georg Eder und Georg Dechant am Schönlainsplatz vorüber, wo der Polier Bauer von Pilschut mit noch sechs Gefängnis im Alter von 14-16 Jahren eine Umfriedigung herstellte. Die vier Kollegen sahen, daß Hausen frisch bemauert gewesener Steine umherlagen. Ludwig Förstich sagte: „Entweder wurde hier wieder abgegraben oder es ist etwas eingestürzt.“ Kein Wunder, es arbeiten hier lauter Kehruden.“ Die vier Kollegen, die dort nicht als Streikposten aufgestellt waren, gingen darauf weiter. Der Polier Bauer hatte nun nichts Giltigeres zu tun, als zu seinem Unternehmer zu laufen, worauf dieser (Ingenieur Mayer) Anzeige wegen Verlesung und Bedrohung seiner Arbeiter stellte. Die Folge waren Strafbescheide. L. Förstich wurden 14 Tage, E. Förstich, Eder und Dechant je 3 Tage Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der G.O. zuerkannt. Es wurde Einspruch erhoben und Montag, 22. Juli, fand Verhandlung gegen die vier Kollegen vor dem Schöffengericht statt. Von den vier Angeklagten wurde der Fall wie vorstehend geschildert. Als Zeugen waren geladen obengenannter Polier, der noch vor einigen Jahren sein Dasein als Mörtelmacher und Steinträger striftete und sein reiches Avancement nur der Günst des Herrn Ingenieur Mayer zu verdanken hat, und ein Verdingt Kidel. Bauer deponierte nun, daß gesagt wurde: „Gelt, Du schämst Dich nicht, warte nur, wir kriegen Dich schon noch, wenn nicht heute oder morgen, so doch ein andermal.“ Vom Vorstehenden aufgefordert, zu erklären, wer von den Angeklagten die Verurteilung gebraucht hätte, mußte der gute Mann zugestehen, dieses nicht zu können, er hätte wohl die vier Mann sehen sehen, wer aber die Verurteilung gebrauchte, das wisse er nicht. Er mutete dann dem Kollegen L. Förstich zu, zu sagen, wer die Drohungen gebrauchte, denn er müsse es doch wissen. Eine Zumutung, die selbst dem Vorstehenden zu weit ging. Vom Vorstehenden gefragt, ob er nicht wußte, daß die Maurer zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen streikten, erklärte er, das habe er wohl gewußt, aber er meinte, arbeiten sei keine Schande. Der gute Mann weiß eben nicht, daß arbeiten unter Umständen auch eine Schande sein kann. Von dem zweiten Zeugen wurden die Beschuldigungen buchstäblich wiederholt, gefamnt hat er keinen von den Angeklagten.

Der Amtsanwalt, Ratskassier Fahn, wie wir später in Erfahrung brachten, der Schwierigerohn der in Betracht kommenden Kaufirma Mayer, erachtete die Bedrohung „Arbeitswilliger“ für gegeben und beantragte für L. Förstich als den wahrscheinlichsten Täter, 14 Tage, für die anderen drei, je drei Tage Gefängnis.

Die Verteidigung gerpflachte die Ausführungen des Staatsanwaltsvertreeters und wies nach, daß eine berechtigte Kritik, selbst wenn sie von Streikenden gemacht werde, noch lange nicht gegen den § 153 der G.O. verstoße. Zudem sei nicht nachgewiesen, wer die Verurteilung tat, deshalb sei Freisprechung der vier Angeklagten geboten. Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende, daß die vier Angeklagten von dem Vergehen nach § 153 der G.O. freigesprochen werden.

In den Gründen wurde angegeben, daß das Schöffengericht es als nicht erwiesen erachtete, wer überhaupt von den vier Angeklagten die Drohung aussprach, eine forsbarrische Haftung könne nicht angenommen werden. Im übrigen sei den Angeklagten Glauben zu schenken, daß die Drohung auch von jemand anders ausgesprochen sein könne.

*** Vergeltliche Mähe hatte sich ein Genbarm in B r i e r e gemacht, um dem Vorstand unseres dortigen Zweigvereins eine Uebertretung des Vereinsgesetzes nachzuweisen und ihn der gehörenden Strafe zu überliefern.** Sonntag, den 21. April, lagte in Briegbe die regelmäßige Mitgliederversammlung des dortigen Zweigvereins“ in der Kollege Anton von Guntvorstand in Berlin über interne Verbandsangelegenheiten referierte. Dieses war dem Genbarm zu Ohren gekommen, der darin ein großes Verbrechen erblickte, weil die Versammlung seiner Meinung nach bekamen der Vorsitzende des Zweigvereins, der Geschäft und der Kollege Mar Anton eine Anklage wegen Uebertretung des

preussischen Vereinsgesetzes, die am 25. Juli vor dem Saßfengericht in Brandenburg a. d. S. verhandelt wurde.

Verchiedenes.

Warnung vor dem Seemannsberuf! Seelen! Arbeiter! Eltern von Arbeiterkindern! Nach dem Streik der seemannischen Arbeiter im Nord- und Ostseegebiet...

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Suttigart, Paul Singer), Heft 43 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Kapitalistische Kultur. - Zur Kulturfrage. Von Otto Grottel.

ist in der Hauptsache die Wiedergabe des Referats, das der Verfasser, bekanntlich ein ehemaliger bremischer Lehrer, auf dem Wahlmännerparteiabend zum Thema „Volksregierung und Sozialdemokratie“ gehalten hat.

Der Kampf um die Sonntagsruhe im Handelsgetriebe. Schritt 7 des Centralverbandes der Handlungsgehülften und -Schülferinnen Deutschlands (Stg. Hamburg).

Die Alkoholfrage und ihre Lösung. Von Dr. Georg Kefersheim. Verlag Deutscher Arbeiterabteilbündnis, J. Michaelis.

Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. Von Dr. Georg Kefersheim. Verlag Deutscher Arbeiterabteilbündnis, J. Michaelis.

Der Neue Weltkalendar für das Jahr 1908. Verlag von Rütz & Co., Hamburg. Preis 40 ¢, bei Einzelbezug sind 10 ¢ für Porto mit einzuladen.

Briefkasten.

Essen, G. Wir müssen wiederholt darauf hinweisen, daß wir nicht wegen eines jeden unwahren Wortes, das in der „Baugenossenschaft“ geschrieben wird, lange Entgegnungen aufnehmen können.

Milheim a. d. R., W. L. Die Frage ist viel zu allgemein gehalten, als daß sie sich so ohne weiteres beantworten ließe.

Schneeberg, P. Sch. Die gemeldete Sperre wird, ebenso wie die anderen, nach vier Wochen gestrichen, wenn wir keinen Bericht darüber erhalten.

Wuppertal, G. Der „Grundstein“ wird hier regelmäßig jede Woche am Mittwochsorgen zur Post gegeben; er müßte also auch bei richtiger Beförderung ebenso regelmäßig dort eintreffen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen, oder Sektionsvorstände angenommen.

Sterbetafel. (Amier dieser Publizität veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Annaberg.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt Eduard Irnich, Kleine Sommerleite 30, 1. Et.

Augsburg.

Der Vorsitzende Anton März wohnt jetzt Jakobstraße 11 65, 4. St.

Wiesenburg.

Die Adresse unseres neugewählten Vorsitzenden ist jetzt: Louis Ulrich, Schlamau 6, Wiesenburg.

Der Maurer Ernst Trommer (nicht Sommer, wie in voriger Nummer) Verb.-Nr. 354 500, wird gebeten, erschaftshalber seine Adresse an den Kollegen Ernst Sommer, Oslan, gelangen zu lassen.

Kollegen, die den Aufenthalt des Mitgliedes Curt Hoffmann aus Reig, Verb.-Nr. 355 586, kennen, werden gebeten, dem Unterszeichneten sofort seine Adresse mitzutheilen.

Hamburg.

Die Kollegen Höpner, Skerat, Bliemeister, Luckmann vom Bau Behrend & Helms werden aufgefordert, ihr Vorkorbgehalt abzugeben oder ihre Adresse an J. Helms einzusenden.

Aufforderung.

Die Kollegen Walter Hoffmann, geb. zu Deichen (Prob. Sothen) und Paul Tanger, geb. zu Dreilügow in Mecklenburg-Schwerin, werden aufgefordert, die Verbandsbücher der Kollegen Alex Clement, Karl Faint und Karl König, die ihnen zwecks Abmeldung übergeben worden sind, an den Zweigverein Bremerhaven gelangen zu lassen.

Bramstedt.

Sonntag, den 4. August 1907.

Fünftes Stiftungsfest im Lokale des Herrn H. Severi, bestehend in Ball und Verlosung.

Cunnersdorf i. Schl.

Sonntag, den 11. August, Nachmittags 5 Uhr: Siebtes Stiftungsfest unter Mitwirkung des Arbeitergefangenenvereins.

Mirow.

Sonntag, den 11. August, Nachm. 4 Uhr: Sommervergnügen im Lokale des Herrn Carl Rendler.

Neustettin.

Sonntag, den 10. August, Nachm. 6 Uhr: Sommervergnügen im Hotel von O. Reinko.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu beenden. Verbandsversammlungen der Maurer. Coburg, jeden ersten Sonntag im Monat. Mitglieder sind mitzubringen.